

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

## Inhalt:

Der Sieg der Bauarbeiter. — Eine ernste Mahnung an die Arbeiter. — Die Forderungen der städtischen Arbeiter in München für 1911. — Wie man im Buppertal Arbeiterfragen erledigt. II. — Aus Ostpreußens Gefilden. I. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Gerichts- Zeitung. — Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Allgemeine Gesundheitsregeln für Arbeiter.

## Der Sieg der Bauarbeiter.

„Ja, ein Sieg ist das Resultat dieses Kampfes für die Arbeiter, so viele auch unter den beteiligten Arbeitern es geben mag, die das nicht im vollen Sinne gelten lassen wollen“.

H. Debel.

Noch immer wagt und gärt es in den Reihen der Bauarbeiter. Nach der ruhmvollen Abwehr der ungeheuerlichen „Dresdener Forderungen“ ist es menschlich begreiflich, daß man vom zweiten Teil des Stempels — den Ergebnissen der eigenen Forderungen — nicht so sonderlich erbaut ist. . . .

Wir haben bereits in Nr. 25 der „Gewerkschaft“ die Resultate der Bauarbeiterausperrung eingehend gewürdigt, halten aber bei der Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte deutsche Gewerkschaftswelt einige weitere Betrachtungen für erforderlich. Unwillkürlich erinnert uns die gegenwärtige Situation an die zweite Hälfte der Vier Jahre, wo aus Anlaß der langjährigen Tarifabschlüsse der Buchdrucker sich eine starke Strömung sowohl im eigenen Lager als auch in der gesamten Arbeiterchaft bemerkbar machte, die „prinzipiell“ gegen Tarifverträge zu Felde zog. Auch damals spielten die tatsächlich geringfügigen Lohnerhöhungen eine große Rolle, nur daß man gleich das Kind mit dem Bade ausschüttelte und alle Schuld den verhaßten Tarifverträgen beimoh. Heute ist freilich die Bedeutung der Tarifverträge — dank einer fortgesetzten Aufklärungsarbeit — von der großen Mehrzahl der organisierten Arbeiterschaft erkannt. Man streitet nur noch darüber, ob örtliche oder zentrale Tarifverträge zweckmäßiger sind und — wiederum schüttet man das Kind mit dem Bade aus! Die Entwicklung drängt unweigerlich zu zentralen Tarifabschlüssen, und es hieße die materialistische Gesichtsauffassung in jedem Betracht aufgeben, wollte man sich dauernd gegen diese Dinge stemmen, die als ökonomische Faktoren sich nicht beiseite schieben lassen.

Nun mahnen allerdings die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere die geplanten Zentraltarife seitens der Unternehmerverbände im Holz- und Baugewerbe, zur Vorsicht. In beiden Fällen lag — verstärkt durch die eigenartige Gelegenheitsanlegung in letzter Zeit — keine Möglichkeit vor, diesen zentralen Tarifverträgen zuzustimmen.

Wir dürfen aber auch nicht die Augen verdrehen vor der Tatsache, daß starke zentrale Unternehmerverbände vor-

handen sind, die wir unter allen Umständen in unsere Rechnung einschließen müssen. Das wird nur zu leicht gerade von den am Kampf Beteiligten übersehen, wenn es gilt, die erreichbaren Möglichkeiten ernstlich abzuwägen. Dabei spielten beim Bauarbeiterkampf zahlreiche Momente für die Arbeiter eine ungewöhnlich günstige Rolle. Schon die Tatsache der Zersplitterung unter den Arbeitgebern, die jetzt durch eine Denkschrift der Berliner Baugeschäfte grell illustriert wird, war ein enorm wichtiger Faktor. Dazu kam das Provokierende der „Dresdener Forderungen“. Es ist in der Denkschrift festgestellt, daß der von den Unternehmern aufgestellte Vertrag so lauten sollte, „daß ihn die Arbeiterführer nicht annehmen dürfen und deshalb zum Streik gezwungen werden“. Das hatte die öffentliche Meinung auch schon vorher erkannt und trotz Organisierung einer systematischen Pressebeeinflussung gelang es den Unternehmern nicht, diese Stimmung irgendwie zu beeinträchtigen. Die Taktik des Unternehmerverbandes bildet also, wie die Berliner Bauunternehmer feststellen, „kein Ruhmesblatt“. Es kommt ferner die von den Unternehmern attestierte „sehr kluge Taktik der Arbeiterführer“ hinzu, worunter wir auch unter anderem die Beschlüsse der Verbandstage in bezug auf 14tägige Streik und verschieben. Endlich sei noch daran erinnert, daß sich die Großindustrie (trotz anfänglicher Sympathiebezeugung nebst materiellen Versprechungen) recht zurückhaltend zeigte.

Alle diese günstigen Umstände, die sich noch weiter vermehren ließen, dürfen keinen Zweifel aufkommen lassen, daß der Ausgang des Kampfes uns nicht in Sicherheit bringen darf, sondern alle Gewerkschaften zu neuen, unerhörten Anstrengungen in bezug auf Agitation und Organisation veranlassen muß.

In einer Broschüre<sup>1)</sup> behandelt Parvus die Aussichten und Möglichkeiten weiterer Gewerkschaftskämpfe. Treffend schreibt er im Vorwort über den Bauarbeiterkampf:

„Die ausgebeuteten Massen können sich niemals zufriedengeben, solange die Ausbeutung fortbesteht. Dabei sie aber einen großen Kampf durchgeschritten und ist dieser Kampf zu einem siegreichen Ende geführt worden, dann kommt ihnen das Mißverhältnis zwischen ihren Anstrengungen und den kapitalistischen Bedingungen ihres Daseins erst recht zum Bewußtsein. Darum lösen gerade die großen Kämpfe eine gewisse Verstimmung aus: die Massen stehen unter dem Eindruck, daß man vielleicht denn doch mehr hätte erreichen können. So auch jetzt die Bauarbeiter. Nachdem sie die Drangsal der Aussperrung so lange ausgehalten haben, stehen viele unter dem Eindruck: lieber noch einige Wochen ausharren, dann wäre der Erfolg vielleicht größer. Allein, dieses Gefühl trägt! Die Aussperrung steht vor einer entscheidenden Wendung. Wollte man den Kampf weiterführen, so müßte

<sup>1)</sup> Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich. Preis 50 Pf. Verlag Kaden u. Co., Dresden.

man nicht mit Wochen rechnen, sondern damit, daß die bereits stark fortgeschrittene Bauzeit ganz darauf gehen würde. Das würde aber die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändern. Die Rücksichten auf die Bauzeit waren das wichtigste Moment, das die Unternehmer zum Nachgeben zwang; darum mußte, je mehr die Hoffnung auf die Saison eingeengt wurde, der Widerstand der Unternehmer sich steigern; viele der kleineren wären zur Strecke gebracht, und die großen können länger aushalten. Die öffentliche Meinung würde sich gegen die Arbeiter kehren, und außerdem würden die allgemeinen Arbeitgeberverbände und die Kartelle noch viel energischer in den Kampf eingreifen als bisher. Andererseits waren die Baugewerkschaften schon jetzt auf die allgemeine Unterstützung angewiesen, und bald würde die nahende Winterzeit ihre trüben Schatten werfen. Die Situation war gewiß an einzelnen Orten ungleich, jedoch ein Klassenkampf kann nicht von lokalen Gesichtspunkten aus geführt werden."

Aber auch sonst enthält die Broschüre mancherlei beachtenswerthes. Nicht eine Generalschlacht, sondern eine Generalprobe war dieser erste große Zusammenstoß in Deutschland. Er zeigt, daß die Kapitalisten dazu kommen, mit der öffentlichen Meinung und politischen Einflüssen rechnen zu müssen. Es entspringt aus dieser Entwicklung keineswegs eine Schwächung der Gewerkschaften, im Gegenteil eine Steigerung der Macht der Gewerkschaften. Denn die Arbeiter werden dadurch erst zur vollen Entfaltung ihrer Klassenmacht gedrängt. Es stehen aber noch den Gewerkschaften in Deutschland, wie statistisch nachgewiesen wird, ganz gewaltige Organisationsmöglichkeiten offen. Die Frage der Organisation der ungelerten Arbeiter wird dabei besonders in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen erörtert, wobei wir ergänzend auf das erfolgreiche Wirken unserer Organisation hinweisen dürfen. Es wird auch die Notwendigkeit einer Unterstützung der Gewerkschaftsaktion durch die politische sowohl als auch durch die Tätigkeit in den Gemeinden sowie das gesetzgeberische Vorgehen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zur Entlastung und Förderung der gewerkschaftlichen Kämpfe aneinandergelegt. Endlich behandelt Parvus die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter und den Konsumvereinen, die wir wiederholt erörtert haben.

So betrachtet, wird man den Ausgang des Kampfes sehr wohl mit ungemischter Freude betrachten können, wie das der „Grundstein“ in seiner Siegesnummer vom 2. Juli tut. Dort beleuchten A. Winnig, Ellinger, Bebel, Ed. Bernstein und andere scharfsinnig, warmherzig und überzeugend, daß bei Einzelkämpfen auf lokaler Basis bislang auch nicht mehr — eher weniger! — erzielt wurde und daß hier ein Sieg gefeiert werden darf, der eine neue Epoche in der modernen Gewerkschaftsbewegung einleitet.

„Schäht den Sieg!“ sagt Bebel mit Recht. Unsere beste Agitationskraft kommt — darüber gibt es keinen Zweifel — aus unseren Erfolgen. Wenn wir uns selbst verkleinern, was wir errungen, wenn wir zweifelnd den Sieg in eine Niederlage umdeuteln, oder wenn wir — wie vor kurzem und gegenwärtig wieder — die „Grenzen“, die „Dummheit“ usw. der Gewerkschaften allzusehr in den Vordergrund der Debatte stellen, so kann unsere Werbekraft dabei nicht gedeihen.

Aussprechen, was ist! halten auch wir für das erste Erfordernis im Gewerkschaftsleben. Klügeln und deuteln aber sollen wir denen überlassen, die sich zur Agitation nicht berufen fühlen. . . .

Und noch eine Anmerkung drängt sich uns auf. Neuerdings mehren sich wieder Stimmen gegen Tarifverträge überhaupt! So bringt z. B. die „Graphische Presse“ eine scharfe Polemik gegen Dr. A. Brauns vorzügliche Broschüre über die Tarifverträge. Wir sind der Meinung, bei dem gegenwärtigen Bestande von mehreren tausend Tarifverträgen allein in Deutschland ist es ein Kampf gegen Windmühlensklügel, den man da versucht.

Aber für unsere Organisation haben diese Vorgänge insofern ganz besondere Bedeutung, als wir bisher nur

wenige Tarifverträge mit den Stadtverwaltungen abgeschlossen haben. Mit der wachsenden Stärke unseres Verbandes nähern wir uns aber dem Moment, wo auch die Gemeinden ein Interesse daran haben, mit uns einen mehrjährigen Vertrag abzuschließen. Da wird es aller Voraussicht nach zu den gleichen Debatten in unseren Reihen kommen. Viele Kollegen sind es gewöhnt, jahraus jahrein ihre Forderungen zu stellen, und sie würden es als den Verlust eines agitatorischen Moments ersten Ranges ansehen, wenn diese alljährliche Aufstellung von Forderungen für 2 bis 3 Jahre oder womöglich noch länger wegfiele. Wenn wir uns erinnern, wie mühevoll es seinerzeit in Berlin war, die während des ganzen Jahres fortgesetzt eingereichten und wiederholten Forderungen auf die einmalige Zusammenstellung zum Etat zu konzentrieren, so gibt das schon einen kleinen Begriff davon, was uns in diesen Dingen noch bevorsteht. Aber gerade darum möchten wir beizeiten vorbeugen und vorerst hier nur daran erinnern, wie häufig wir, namentlich in Norddeutschland, Jahr für Jahr die gleichen Forderungen aufstellen, ohne ihre Durchführung erzielen zu können.

Wie oft ist uns der „ominöse Fleunig“ pro Stunde, über den jetzt bei den Bauarbeitern Unzufriedenheit herrscht, allenfalls zugestimmt worden, ohne daß in den folgenden zwei Jahren je 2 weitere Fleunige pro Stunde hinzukamen! Und dabei ist unser Lohnniveau — wie amtlich und von uns wiederholt festgestellt — noch bei weitem nicht dem in der Privatindustrie gleich, insbesondere wenn man die schwere, gesundheitschädigende Arbeit in Betracht zieht.

Wenn die Zeit dafür gekommen ist, wird weiter über diese Dinge zu reden sein. Für heute möchten wir nur wünschen, daß die dringende Notwendigkeit allseitig erkannt wird, den Prozentsatz der Organisierten in erheblichem Maße zu steigern. Das kann aber nur gelingen, wenn wir voll Siegeszuversicht bleiben und die erste glänzende Generalprobe der deutschen Gewerkschaften — den Bauarbeiterkampf — in ihrer vollen Bedeutung auf uns einwirken lassen.

### Eine ernste Mahnung an die Arbeiter.

Der nunmehr hinter uns liegende Kampf im Baugewerbe gibt Veranlassung, der Entwicklung der Unternehmerorganisationen erneut die Aufmerksamkeit zu widmen. Diese haben sich in den letzten Jahren ganz bedeutend vermehrt. Nach dem Reichsarbeitsblatt vom August vorigen Jahres wurden gegründet:

	vor 1900	1900 bis 1904	1905 bis 1909	Zeitangabe fehlt
Reichsverbände . . . . .	18	17	82	6
Landes- und Bezirksverbände . . . . .	43	87	90	223
Ortsverbände . . . . .	94	169	360	1494
	155	223	491	1723

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, hatte im Jahre 1909 bereits 32 500 Mitglieder, die 1 450 000 Arbeiter beschäftigen. Der andere Zentralverband, die Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände, Berlin, hat 8144 Mitglieder, welche 988 142 Arbeiter im vorigen Jahre beschäftigt haben. Dieser Hauptstelle gehört demnach besonders die Großindustrie an. Zu den Reichsverbänden, die im vorigen Jahre den Zentralen noch nicht angeschlossen waren, gehören auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit 21 000 Mitgliedern und 250 000 Arbeitern, der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe mit 19 300 Mitgliedern und 53 000 Arbeitern, der Deutsche Buchdruckerverein mit 4776 Mitgliedern und 48 468 Arbeitern und der Verein deutscher Tapissierwaren-Großfabrikanten mit 70 Mitgliedern und 50 000 Arbeitern.

Eine sehr ernste Mahnung an die Arbeiter aber bedeuten die folgenden Zahlen. Bei den organisierten Unternehmern waren 1907 bereits 34,6 Proz. der in Industrie und Handel beschäftigten Arbeiter tätig, während erst 22 Proz. der Arbeiter organisiert waren. Die beiden oben genannten zentralen Verbände, die über dies im Jahre 1909 untereinander noch ein Kartell abgeschlossen haben, regeln das Verhältnis der Unternehmer zu 2½ Million Arbeiter, das sind ¼ der Arbeiterschaft überhaupt, die bei organisierten Unternehmern in Beschäftigung stehen. Das müßte, so sollte man

meinen, auch den letzten Arbeiter veranlassen, seiner Organisation beizutreten.

Den Unternehmern wird es gelingen, alle Inhaber größerer Betriebe in ihre straffe Organisation zu bringen, weil diese Organisationen sich nicht darauf beschränken, das Arbeitsverhältnis zu regeln, Bestimmungen über den Einkauf der Ware Arbeitskraft festzusetzen, sondern auch über den Einkauf von Rohmaterialien. Wie es sich im Kampfe im Baugewerbe auch zeigte, schließen die Organisationen der Unternehmer feste Verträge mit den Lieferanten von Rohmaterial ab, und wer nicht der Organisation angehört, bekommt kein Rohmaterial geliefert. So entwickeln sich die Unternehmernorganisationen zu Kartellen und Syndikaten, die darauf hinarbeiten, über die Ware Arbeitskraft nach Belieben verfügen zu können, wie über den Einkauf von Rohmaterialien und den Verkauf ihrer Produkte. Da die Unternehmer an Zahl relativ gering sind und alle einen festen, dauernden Wohnsitz haben, fällt es auch nicht schwer, jeden einzelnen zu bewegen oder zu zwingen, der Organisation beizutreten.

Während die Arbeiter noch in freie, christliche und kirchliche Gewerkschaften gespalten sind, haben die Unternehmer bei ihren Organisationsgründungen nicht nach religiösen oder politischen Anschauungen gefragt. Die Organisationen entwickeln sich aber trotzdem zu politischen Organisationen mit der einseitlichen Marschroute: gegen die Arbeiter, gegen alle politischen Rechte, welche den Arbeitern einen Einfluß verschaffen können. Ein einziger Blick in die Deutsche Arbeiter-Zeitung oder in ein anderes Unternehmerorgan genügt, um zu erkennen, daß die Unternehmerorganisationen allgemein diesen Kurs einschlagen. Die Arbeiter wirtschaftlich und politisch zu knechten, den Arbeitsvertrag wieder zu einem Herrschaftsverhältnis zu gestalten und der Sozialpolitik ein Ende zu machen, das ist ihr Ziel.

Für die Arbeiter bedeutet diese Entwicklung aber nur dann eine große Gefahr, wenn sie es unterlassen würden, ihre Organisationen auszubauen. Denn an starken Arbeiterorganisationen findet die Macht des organisierten Unternehmertums eine Grenze. Der Verkauf der Bauarbeiterauswertung hat bewiesen, daß die Arbeiter nicht niedergedrungen werden können, wenn sie einig sind und geschlossen auftreten.

Auch die Tatsache, daß während der Krise ein neuer Tarifabschluß im Holzarbeitergewerbe zustande kam, zeigt, wie die Unternehmer mit der Macht der organisierten Arbeiter rechnen müssen. Die Unternehmer heben sich ja auch als Konkurrenten gegenüber, und ihre Mittel sind nicht unbegrenzt. Die lange Dauer eines Streiks oder einer Aussperrung kann zum Bankrott eines wohl-situierten Unternehmers führen. Schon diese Tatsache zwingt die Unternehmer schließlich zum Nachgeben. Ohne starke Organisationen aber würden die Arbeiter auf Gnade und Ungnade dem Kapital ausgeliefert, würden sie wieder Sklaven im wahren Sinne des Wortes werden. Die Entwicklung der Unternehmerorganisationen und deren Bestrebungen sind für die Arbeiter daher eine eindringliche Mahnung, sich gewerkschaftlich, aber auch politisch zu organisieren. Gehören die Arbeiter alle der Organisation an, dann können sie den zweifellos bevorstehenden großen Kämpfen mit der Ruhe und der Sicherheit eines Unbezwingbaren entgegensehen. Deshalb mögen sie die Lehre beherzigen, die ihnen die sich vor unseren Augen abspielende Entwicklung erteilt, die ihnen die Zeit mahnend ins Gewissen ruft: Hinein in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter!

### Die Forderungen der städtischen Arbeiter in München für 1911.

Von einer allgemeinen Lohnforderung wollen die städtischen Arbeiter Münchens infolge verschiedener dafür sprechender Gründe diesmal Abstand nehmen. Doch ist es dringend notwendig, daß die Löhne der invaliden Arbeiter auf 3,50 Mk. erhöht werden, da dieselben bei der heutigen Lohnregelung zwar um 30 Pf. entbehrert, jedoch durch Anrechnung einer etwaigen Rente diese Aufbesserung den Leuten wieder entzogen wurde.

Unsere Hauptforderung bildet für 1911 die Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitszeit soll in allen städtischen Betrieben täglich auf 9 Stunden, für jene Arbeiter, die im Freien beschäftigt sind, während der 4 Wintermonate November, Dezember, Januar und Februar auf 8 Stunden verkürzt werden. In allen durchlaufenden Betrieben soll der Dreischichtenwechsel (Stründige Arbeitszeit) endlich einmal durchgeführt werden. Es ist wohl nicht notwendig, alle die Gründe einer Arbeitszeitverkürzung hier anzuführen; da ja Statistiken nachweisen, daß viele kleinere Städte

in dieser sozialpolitisch so wichtigen Frage bereits weit voraus geeilt sind. Daß eine Arbeitszeitverkürzung für die städtischen Arbeiter notwendig ist, beweist schon die Tatsache, daß seit dem Jahre 1901 eine solche nicht mehr stattgefunden hat. Sogar unsere staatlichen Betriebe sind uns in dieser Frage bereits vorausgeeilt und haben die stündige Arbeitszeit eingeführt.

Des Weiteren wird gefordert, daß die Wochenfeiertage bis zu einem Jahr Dienstzeit halb und darüber hinaus voll bezahlt werden. Denn gerade bei den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen bedeutet der Ausfall des Verdienstes an den Wochenfeiertagen eine empfindliche Schädigung der Lebenshaltung für den Arbeiter. Auch die Erweiterung der Differenzbezahlung zwischen Lohn- und Krankengeld soll so geregelt werden, daß bei Krankheit die Differenz nach

1jähriger Dienstzeit auf die Dauer von 1 Monat	
2	2 Monate
3	3
4	4
5	5
6	6

bezahlt wird. Außerdem soll an jenen Tagen, an welchen ein Krankengeld bezogen wird, auch die wirkliche Differenz bezahlt werden, nicht wie bisher bloß der halbe Tagelohn.

Die Urlaubsverhältnisse sollen so ausgebaut werden, daß die Betriebsarbeiter (einschließlich der Kanalarbeiter) erhalten:

a) nach dem 1. Dienstjahre je 7 Wochentage
"   "   5.   "   10
"   "   10.   "   14
b) für die übrigen Arbeiter:
nach dem 1. Dienstjahre je 5 Wochentage
"   "   8.   "   7
"   "   10.   "   10

Diese Ausdehnung desurlaubes muß schon deshalb als gerechtfertigt angesehen werden, weil bisher die Betriebsarbeiter in den Gas- und elektrischen Werken sowie die Kanalarbeiter überhaupt bloß Anspruch auf 7 Tage Urlaub hatten ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiter ein- oder mehrjährige Dienstzeit hatte. Auch bei den übrigen Arbeitern ist eine Regelung desurlaubes im vor-geschlagenen Sinne dringend nötig.

Eines unserer wichtigsten Forderungen ist fernerhin die Regelung der Entfernungszulagen. Denn obwohl der § 29 unserer Arbeits-Ordnung die Gewährung von Entfernungszulagen vorsieht, gibt es doch Betriebe wie z. B. die Gaswerke, die sich um solche Vorschriften den Teufel scheeren, und überhaupt keine Entfernungszulagen zahlen. Auch die Handhabung der Auslegung sowie Berechnungen von Entfernungszulagen ist gegenwärtig derart, daß man Entfernungszulagen bloß bei neuen Arbeiten, die nicht wieder lehren, bezahlt. Um nun diesem einseitigen Vorgehen richtig zu begegnen, fordern wir, daß bei einer Entfernung der Arbeitsstelle von 3 1/2 Kilometer vom Stadtzentrum sowohl als auch von der Wohnung des Arbeiters tägl. 50 Pfennig bezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Neu- oder Unterhaltungsarbeiten handelt, wenn der Arbeiter nicht ständig an dieser Arbeitsstelle (respektive Bezirk) beschäftigt wird.

Außerdem verlangen wir, daß an Lohnzahlungen so rechtzeitig Arbeits-schluß gemacht wird, daß die Auszahlung spätestens um 1/2 Uhr beendet ist. Denn hauptsächlich im Stadtbauamt ist ein großer Teil der Arbeiter oft stundenweit von der Zahlstelle entfernt beschäftigt, so daß es bei diesen Leuten oft 1/2 Uhr und noch später wird, bis sie ihr Geld in Händen haben; von einem früheren Arbeits-schluß also an den Samstagen ist nichts zu verpüren.

Des Weiteren haben wir in unserer Petition verlangt, daß endlich auch die Vade-frauen in den Schulhäusern in die Arbeits-Ordnung aufgenommen werden sollen. Denn gerade dieses Personal, das das ganze Jahr für das Wohl der Kinder zu sorgen hat, dabei stets in feuchter Luft, sowie dem Dampf und der Ausdünstung der Kinder ausgesetzt ist, entbehrt seitens der Stadt-gemeinde jeder Fürsorge.

Das wären die Forderungen, die die städtischen Arbeiter für das kommende Jahr gestellt haben. In einer Versammlung am 26. Juni im „Molosseum“ wurden diese Dinge vom Referenten A. Sebald eingehend gewürdigt. Wenn auch eine ziemlich Anzahl von Wünschen vorhanden ist, so dürften die Kosten, die zur Durchführung derselben nötig sind, keine besonders hohen sein. Aufgabe

der städtischen Arbeiter wird es nun sein, durch kräftige Mitarbeit in der Organisation unseren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Auch Kollege Heckmann-Kannheim als zweiter Referent gab in seinen interessanten Ausführungen den Versammelten ein Bild, wie weit München als Groß- und Kunststadt gegen viel kleinere Städte in der Frage der Sozialpolitik noch zurück ist. Er sprach ebenfalls den Wunsch aus, daß diese Forderungen ihre Annahme seitens der beiden Kollegien finden möchten.

Mit der Petition ist folgende Resolution an die beiden städtischen Kollegien eingesandt worden:

„Die am 25. Juni im Kolosseum tagende, von 300 städtischen Arbeitern besetzte Versammlung erklärt sich mit den seitens der Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Vorlage getragenen Anträgen bezüglich Verbesserung der Arbeitsordnung und Einstellung der Mittel in den Haushaltsetat für 1911 einverstanden.“

Sie beauftragen die Verbandsleitung, diese Anträge den städtischen Kollegien in Vorlage zu bringen und erwarten von den Arbeiter-Ausschüssen der städtischen Betriebe, daß sie gleichfalls diese Anträge befürworten und unterstützen.

Gleichzeitig richten die Versammelten an die städtischen Kollegien das Ersuchen, diesen in großer Mäßigkeit zusammengebrachten Anträgen die Zustimmung nicht versagen zu wollen.“

## Wie man im Wuppertal Arbeiterfragen erledigt.

II.

(Schluß.)

In Varmen soll die jetzt bestehende Arbeitsordnung auf die übrigen Betriebe ausgedehnt werden. Damit kann den Arbeitern nicht gedient sein. Was soll eine Arbeitsordnung bedeuten, die seit ihres zirkla zehnjährigen Bestehens noch nichts wert war. In derselben sind den Arbeitern nur Pflichten und Strafen zubilligert, aber sonst haben sie kein Recht, im übrigen sind sie auf das Wohlwollen der Vorgesetzten angewiesen. Schon der Umstand, daß die Arbeitsordnung zehn Jahre besteht, hätte den hochwohlwollenden Stadtvätern sagen müssen, daß sie den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird. Nun wird versucht, die Arbeit an den Samstagnachmittagen ganz ruhen zu lassen, dafür sollen aber die Pausen gekürzt werden. Auf diesen Reim werden die Arbeiter natürlich nicht hapfen; denn dies wäre gleichbedeutend mit Arbeitszeitverlängerung. Der einzige Vorteil, der für die Varmer Kollegen herausgekommen ist, sind die Errichtung von Arbeiterausschüssen, die Enternungszulage von einer Mark, die Zahlung des Krankengeldzuschusses von 7,50 Mk. nach einjähriger Dienstzeit, ferner die Gewährung von 3 Mk. Krankengeldzuschuß pro Woche und ein Drittel des Lohnes bei militärischen Übungen an Unverheiratete. Bei der Beratung der Arbeitszeitverkürzung betonte der Stadtv. Pathe, daß die Varmer Industrie nicht leistungsfähig genug sei, um die gewünschte Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Die städtischen Arbeiter seien nirgends so gut gestellt, als in Varmen. Daß die Industrie sehr wohl leistungsfähig ist, geht schon daraus hervor, daß gerade im Wuppertal verhältnismäßig die meisten Millionäre sitzen. Gab es doch im Jahre 1908 in Elberfeld allein 51 Personen mit einem Vermögen von über 2 Millionen, mit über 1 Million bis 2 Millionen dagegen 64 Personen, und mit einem Vermögen von 500 000 bis 1 Million Mark gab es 120 Personen. Der Stadtv. Korte fand es „traurig“, daß die Arbeiter keine Freude an der Arbeit haben, daß sie, wenn sie irgendwo zwanzig Pfennige mehr verdienen können, ihre alte Arbeitsstelle verlassen. Herr Korte vergißt, daß der Arbeiter nicht lebt, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben. Bei den geringen Löhnen, welche aber gezahlt werden, ist der Arbeiter darauf angewiesen, mit Pfennigen zu rechnen. Gätten sie das Einkommen des Herrn Korte, dann hände auch für sie die Sache anders. Mit Recht betonte Genosse Haberland, daß es notwendig sei, die Arbeiter nicht nur als Produktionsinstrument, sondern mehr als Mensch zu werten. Der Oberbürgermeister hat darauf hervor, daß die Stadtverwaltung wohl nicht nötig habe, nachzuweisen, daß in den städtischen Betrieben der Arbeiter als Mensch gewertet wird. Die städtischen Betriebe seien Musterbetriebe. Nach Ansicht der Arbeiter kann aber von Musterbetrieben nicht die Rede sein. Wie könnte es sonst vorkommen, daß Vorgesetzte die Arbeitszeit nach Belieben festsetzen oder gar verlängern. Am Kanalbetrieb wird in Unterarmen zehn Stunden gearbeitet, und in Oberarmen bestimmt der Kanalmeister die Arbeitszeit, wie er gerade will. An der Müllverbrennung werden ebenfalls noch zehn Stunden gearbeitet, während doch die Arbeitszeit allgemein nur 9½ Stunden betragen soll. Solange die Unter-

beamten oder die einzelnen Betriebsleiter in dieser Art handeln wie sie wollen, kann von Musterbetrieben keine Rede sein.

Von den vorstehenden Grundätzen zur Errichtung von Arbeiterausschüssen wurde nur der Absatz geändert, so daß der Arbeiter nach vollendetem 25. Lebensjahr und nach dreijähriger Dienstzeit in den Ausschuss gewählt werden kann. Auch hierzu wurden alle Verbesserungsanträge abgelehnt. Genosse Kohnen meinte, daß die einjährige Dienstzeit genügen müsse. Der Oberbürgermeister war aber dafür nicht zu haben. Ob der Bürgermeister wohl gewußt hat, daß es in den städtischen Betrieben eine ganze Anzahl von Arbeiterkategorien gibt, die nach obigen Grundätzen überhaupt keinen Arbeiterausschuss wählen können; weil es unter ihnen keine Arbeiter gibt, die sich überhaupt drei Jahre in städtischen Diensten aufhalten. Wir wollen hier den Müllverbrennungsbetrieb herausnehmen. Hier gibt es unter den Plabarbeitern als auch unter den Eisenarbeitern gar keine Leute, die drei Jahre im Betriebe und 25 Jahre alt sind.

In Elberfeld wird die allgemeine Arbeitsordnung auf Antrag des Genossen Lande noch besonders beraten, weil darin auch die neunstündige Arbeitszeit festgelegt sein müsse. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Stadtväter zu der Arbeitszeitverkürzung einstellen. Viel ist bei der Kartellmehrheit nicht zu hoffen. Beschlossen wurde, daß an den Tagen vor den großen Feiertagen und am Kaisergeburtstag soll um 4 Uhr, an den anderen Sonntagen um 6 Uhr geschlossen werden, ohne Lohnkürzung und mit Ausnahme der Achtundendsticht.

Bezüglich der Bezahlung derjenigen Tagesarbeiter und Schichtarbeiter mit zwölfstündiger Schicht, die arbeiten müssen, soll die über diese Zeit bis zum normalen Tagesabschluss (7 Uhr) hinaus geleistete Arbeit besonders und als Ueberstunden bezahlt werden. Außerdem sollen Tages- und Schichtarbeiter an Wochenfeiertagen den vollen Lohn erhalten (bisher zwei Drittel), wer an diesen Tagen arbeitet, erhält 100 Proz. Zuschlag (bisher 60 Proz.). Ebenso wurde der Urlaub etwas erweitert, und zwar nach dreijähriger Dienstzeit drei Tage (bisher nichts), nach fünfjähriger Dienstzeit fünf Tage (bisher vier Tage), nach zehnjähriger Dienstzeit sieben Tage (wie bisher). Als Urlaubstage werden nur Arbeitstage berechnet.

Arbeiterausschüsse sollen nach vorstehenden Grundätzen errichtet werden. Arbeiterausschussmitglieder können nur mit Genehmigung des Oberbürgermeisters entlassen werden. Alle weitergehenden Anträge, welche den Arbeiterausschüssen etwas mehr Recht einräumten, wurden abgelehnt.

In beiden Städten beantragten die sozialdemokratischen Stadtverordneten eine fünfprozentige Erhöhung des Anfangs- und des Höchstlohnes, sowie Gewährung von Sommerurlaub nach einjähriger Dienstzeit, bis zu 14 Tage bei zehnjähriger Dienstzeit. Beides wurde schon von der gemeinschaftlichen Kommission nicht empfohlen, weil die finanziellen Verhältnisse beider Städte diese Mehrausgabe nicht vertragen könnten. Demgemäß lehnten auch beide Stadtverordnetenkollegien ab. Merkwürdig nur muß es erscheinen, daß man Geldmittel hat, um die Beamtengehälter zu erhöhen, während für die Arbeiter, die pro Tag einen Anfangslohn von 3,50 und 3,60 Mk. haben, nichts vorhanden ist. Die städtischen Arbeiter haben aber in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen, sie werden ihre berechtigten Forderungen im geeigneten Zeitpunkt erneut erheben und sie auch mit allem Nachdruck vertreten. Die städtischen Arbeiter sehen aber, wie man ihre Wünsche respektiert. Nicht einmal eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Arbeitsordnung hat man für sie übrig. Arbeiterausschüsse sollen geschaffen werden, welche nach dem Wahlsystem, wie es vorgeschrieben ist, wenig oder gar keine Bedeutung bekommen. An den Arbeitern selbst wird es liegen, sich Rechte im Arbeitsverhältnis zu erwerben. Wir rufen deshalb den uns noch fernstehenden Arbeitskollegen zu: „Organisiert Euch! Auch der letzte Mann muß der Organisation zugeführt werden; damit wir im gegebenen Augenblicke gerüstet sind und unsere bisher noch nicht bewilligten Forderungen durchdrücken können, und sei es selbst mit den schärfsten Mitteln!“

Eine neue Gesellschaftsordnung ist ohne die Menschen, welche sie wollen und befähigt sind, sie am Leben zu erhalten und zur Fortentwicklung zu bringen, unmöglich. Wenn irgendwo von Anpassung die Rede sein kann, so hier. Die günstigeren Umstände, die jede neue Gesellschaftsordnung gegenüber der früheren enthält, übertragen sich auch auf die einzelnen Menschen und veredeln sie stetig.

A. Rebel.

## Aus Ostpreußens Gefilden.

I.

Der Aufstieg der Arbeiterbewegung macht den reaktionären Behörden Preußens Kopfschmerzen. Gesetze, die man früher zum Schutze der Arbeiter erlassen hat, möchte man heute am liebsten beseitigen. Man glaubte früher eben, das Ausflühen der Arbeiterbewegung sei eine vorübergehende Erscheinung, der Sozialismus eine Blüte, die mit dem ersten reaktionären Frostwind wieder verschwinden würde. Diese Ansicht hat sich als trügerisch erwiesen, und die deutsche Arbeiterbewegung ist von Erfolg zu Erfolg geschritten. Die reaktionären Maßnahmen blieben deshalb auch nicht aus. Man lernte erkennen, daß man die Arbeiter durch Phrasen nicht in das reaktionäre Lager zurückführen könne. Diese Erkenntnis der herrschenden Parteien belamten zuerst die Arbeiter der öffentlichen Betriebe zu spüren. In Anbetracht, daß die Arbeiterbewegung eine vorübergehende Erscheinung sein sollte, kam man den Arbeitern entgegen und erklärte fast überall feierlich, das Koalitionsrecht der Arbeiter wird von uns nicht angetastet. Tatsächlich haben die Arbeiter der öffentlichen Betriebe sich über Schmälerung des Koalitionsrechts vorerst wenig zu beklagen gehabt. Aber wie mit der Verschlechterung der Rechtsprechung für die Arbeiter die Reaktion mehr und mehr einsetzte, die Arbeitgebervereinigungen gegen das Koalitionsrecht Sturm liefen, bereuten offenbar die Stadtverwaltungen ihr Versprechen, und um nicht vorrückig zu werden, setzte die Bekämpfung des Koalitionsrechts von hinten herum ein. Die Lohnpolitik wurde in gleich reaktionärem Sinne gehandhabt. Neben zahlreichen anderen Städten bietet Königsberg dafür ein belehrendes Beispiel.

1907 wurden die Gehälter der Magistratsbeamten erhöht, von den Arbeitern belamten nur die weniger zahlreich beschäftigten Handwerker eine Zulage. Man hatte wohl damit gerechnet, daß Bevorzugung eines Teiles der Arbeiter Zersplitterung in ihre Streife tragen würde. Bei den schlecht bezahlten Arbeitern sollte der Lohn angemessen sein.

Im Herbst 1909 kam der Magistrat wieder mit einer Vorlage, die Beamtengehälter zu erhöhen. Diesmal ging es dabei hinauf bis zu den Bürgermeistern. Der Oberbürgermeister hatte schon vorher 4000 Mk. „persönliche Zulage“ erhalten. Der Referent der Kommission führte zu den Gehaltserhöhungen aus, seit der letzten Gehaltsregelung 1907 sei eine wesentliche Teuerung in den Lebensverhältnissen eingetreten. Die Arbeiter freuten sich, denn diese Gründe trafen auf sie doch erst recht zu. Tatsächlich versprach auch der Oberbürgermeister, daß auch den städtischen Arbeitern Lohnzulagen gegeben werden müßten, für die eine Summe von 200 000 Mk. nötig wäre.

In Königsberg besteht nun eine sogenannte Lohnkommission, die seinerzeit auf Anregung unserer Genossen im Stadtverordnetenrat nach süddeutschem Muster eingesetzt wurde. Man macht hier gern die Mode mit, um als freisinnig zu gelten, drückt sich aber möglichst um den Kern der Sache. Die Lohnkommission ist nämlich zusammengesetzt aus einigen Stadträten, dem Oberbürgermeister und sämtlichen Betriebsleitern. „Lohnabwägungskommission“ nennen sie die Arbeiter. In vier Sitzungen, am 8. Oktober, 21. Oktober, 25. November und 6. Dezember, zerbrachen sich die Mitglieder der Kommission die Köpfe, wie sie die Arbeiter am billigsten überreden könnten. Nachdem die Kommission am 8. Oktober 1909 auf Anregung der Gassedirektion eine Lohnverschlechterung beschlossen hatte, faßte sie am 21. Oktober den weiteren Beschluß: „Die Lohnkommission hält die gegenwärtigen Lohnsätze für unverheiratete Arbeiter ausreichend. Eine Aufbesserung soll durch Einführung von Familienzulagen erfolgen.“ Diese für die Arbeiter folgenschweren Beschlüsse faßten Herren, die sicher wußten, daß für sie beträchtliche Gehaltserhöhungen vorgesehen waren. In der fraglichen Sitzung waren anwesend: Oberbürgermeister Körte, Stadtkämmerer Raumann und Olage, Stadträte Lehmann, Dr. Vera, Direktoren Dr. Arrieger, Auf, Maske, Böte, Nobbert, Köttger, Stadtauinspektoren Reich, Penatti, Schönwald, Clemens, Wormit, Stadtdirektor Matthes, Oberinspektoren Heidemann und Dinter. Die Arbeiter wissen nun, was sie von den Herren zu halten haben.

Nun folgten alle möglichen Vorschläge und Berechnungen, wie man Familienzulagen ohne erhebliche Unkosten einführen kann. Außerdem holte man sich Auskunft von Mühlhausen, Charlottenburg, Mainz, Strakburg, Aresfeld, Frankfurt a. M. und Halberstadt. Um aber ganz sicher zu gehen, daß man auch Auskunft im reaktionärsten Sinne bekommt, beschloßen die Herren noch, Auskunft über die Löhne von der Kaiserlichen Werft, der königlichen Gewerksfabrik und der königlichen Artilleriewerkstatt in Danzig und der königlichen Eisenbahndirektion in Königsberg einzuholen.

Von den letzteren Betrieben konnte man ja sicher sein, daß für die Arbeiterwünsche denkbar schlechtestes Material zu erhalten.

Am 8. März 1910 wurden die Magistratsanträge betreffend die Familienzulagen an städtische Arbeiter in der Stadtverordnetenversammlung beraten. Dieser hatte die Beschlüsse der Lohnkommission noch um einiges verschlechtert. Danach sollen erhalten:

ein Familienvater mit 2 Kindern	8 Mk.	9
" " " " " "	4	12
" " " " " "	5	15
" " " " " "	6	18
" " " " " "	7 u. mehr	21

Bevor der Arbeiter in den Genuß der Familienzulage kommt, muß er sich drei Jahre in einem Betriebe der Stadt bewährt haben. Die versprochenen 200 000 Mk. schrumpften damit auf 104 888 Mk. zusammen.

Unsere Genossen als Stadtverordnete beantragten demgegenüber die Bewilligung von 300 000 Mk. als allgemeine Zulagen, was aber abgelehnt wurde. Ein weiterer Antrag von bürgerlicher Seite auf Bewilligung von 200 000 Mk. wurde gleichfalls abgelehnt. Eine Abstimmung über die Magistratsvorlage fand nicht statt, weil der Oberbürgermeister den Stadtverordneten das Recht bestritt, über die Verteilung der Gelder an die Arbeiter mitwirken zu können. Das dürfen sie nur bei Regelung der Beamtengehälter. Die aus Großcebern, Aufsichtsräten und Aktionären von Aktienvereinigungen bestehende Mehrheit der Stadtverordneten fand sich auch mit der Schmälerung ihrer Rechte ruhig ab.

Am 24. Mai 1910 stand die Sache nochmals zur Beratung der Stadtverordneten. Selbst von einem bürgerlichen Juristen wurde dem Magistrat gesagt, daß die Verteilung der Gelder an städtische Arbeiter ungeschicklich sei, denn es seien 100 000 Mk. für allgemeine Lohnzulagen bewilligt und würden auch im Etat als solche geführt.

Solche Ausführungen machen aber unseren absolutistisch veranlagten Oberbürgermeister erregt, und da kriegt es die Stadtverordnetenmehrheit mit der Angst zu tun und duckt sich. Es bleibt für die Arbeiter eben bei der Familienzulage, die so manchen Arbeiter noch zum Verhängnis werden wird. Denn jetzt schon versucht man, familientreiche Väter bei irgendwelchen Vor Kommissionen zu entlassen. Auch laufen die Arbeiter Gefahr, ihre politischen Rechte einzubüßen, trotz gegenteiliger Versicherung des Oberbürgermeisters. Als die Arbeiter sich von den Behörden ihrem Mindersein beschreiben lassen mußten, stand auf manchem zu lesen: „Zum Zwecke einer nachgesuchten Unterstützung usw.“

Ein anderes wundres Kapitel ist die Behandlung der Arbeiter zum Zwecke der Zertrümmerung des Koalitionsrechts. Die Behandlung der organisierten und unorganisierten Arbeiter ist in Königsberg geradezu eine auffallend unterschiedliche. Die geringsten Vergehen müssen herhalten, um daraus Staatsaktionen zu machen. So wurde ein Arbeiter des Gaswerks mit 150 Mk. bestraft, obgleich dem Direktor nachgewiesen wurde, daß der angezeigte Aufseher unwahre Angaben gemacht hatte. Vorgänge, die außerhalb des Betriebes sich abgespielt haben, werden zu Entlassungsgründen benützt. Tagegen können Aufseher Betrugsereien verüben, indem sie sich für den Dienstgebrauch eigener Fahrräder Monat für Monat Gelder auszahlen lassen, ohne jemals im Besitze von solchen Rädern gewesen zu sein. Ein anderer Aufseher entwendet aus einem verschlossenen Schrank eine Kluppe. Wäre der Mann organisiert, er hätte die Tat mit Entlassung gebüßt und wäre der Staatsanwaltschaft denunziert worden. So zahlt er 3 Mk. und die Sache ist erledigt. Der Genuß alkoholischer Getränke ist in den Betrieben des Gaswerks verboten, auch im Außenbetrieb. Unorganisierte Arbeiter können sich aber betrinken, daß sie torkeln und der Stadt durch Zertrümmerung von Material finanziellen Schaden zufügen; schadet nichts, die Sache ist so gang in der Ordnung.

Ein Ableser des Elektrizitätswerkes meldet eines Tages seinem Vorgesetzten, daß er bei einem Stromabnehmer wiederholt beobachtet hat, daß er sich am Zähler etwas zu schaffen machte, bevor er ihn, den Ableser, heranlich. Der Ableser ging deshalb einmal außer der Regel zu diesem Stromabnehmer, als er wußte, daß sein Kunde Dienst hatte. Und siehe da, zwischen den beiden zum Zähler führenden Drähten steckte eine Drahtlampe, die es verhinderte, daß der Zähler den verbrauchten Strom registrierte. Der Herr hatte sich also billiges Licht verschafft. Die Sache wurde weiter Herrn Obergingenieur Silbermann gemeldet und der betreffende Stromabnehmer zu Protokoll vernommen. Die Arbeiter waren natürlich alle auf den Ausgang der Sache sehr gespannt, mit ihnen auch private Geschäftsleute und selbst ein bürgerlicher Stadtverordneter wußte davon. Jeder organisierte städtische Ar-

beiter war sich klar, wenn es seine eigene Sache war, konnte er über diese Tat in Gefängnis nachdenken. Hier aber handelt es sich bei dem Stromabnehmer um einen jüdischen Arbeiter des Elektrizitätswerkes, dessen liberale Gesinnung allgemein bekannt ist. Es sind seit der Begehung der Tat bereits drei Monate verfloßen und es scheint alles in Ordnung zu sein. Aber trotzdem: „Unterschiede zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern werden nicht gemacht!“

### • Notizen für Gasarbeiter •

Ein Protest der Englischen Gasarbeiter (J. C. G. A.) Groß-Berlins fand am 2. Juli in vier großen Versammlungen statt, die alle überaus zahlreich besucht waren. Es wurde von den Referenten Dittmer, Mohs, Polenske und Zabel der Streit unserer Frankfurter Kollegen eingehend behandelt. Allgemein war die Empörung sowohl über die Streikbrecher aus den Reihen der unorganisierten Kollegen, als auch über die schematische Streikbrecherlieferung seitens der Direktion. Selbst in Mariendorf kam es zu längeren erregten Auseinandersetzungen, und die verschiedenen Redner erklärten einmütig, daß es so nicht weitergehen könne, es müsse endlich jeder seiner Organisationspflicht genügen, wenn man vorwärts kommen wolle. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig in allen Versammlungen angenommen: „Die am 2. Juli versammelten Arbeiter der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend beglückwünschen ihre Kollegen in Frankfurt a. M. zu ihrem Erfolg gegen die rücksichtlose und rücksichtslose Verwaltung der J. C. G. A. Auf das Schärfste verurteilen es die Versammelten, daß sich 11 Arbeiter aus den Berliner Betrieben bereitfinden lassen, als Streikbrecher ihren um ihr Recht kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Sie erbliden in dieser Tat eine schwere Verleumdung der Kollegenchaft und weisen jede Gemeinshaft mit diesen Leuten weit von sich. Um aber in Zukunft derartige, die Arbeiterschaft schwer schädigende Vorkommnisse zu verhindern, verpflichten sich die Versammelten, ihre Organisation so auszubauen, daß für die Folge die Englischen Gasanstalten keine Streikbrecher stellen.“ Wir geben nachstehend zu Rat und Frommen unserer Kollegen die Namen der Streikbrecher hier wieder, von denen sich mehrere schon wiederholt ihren Judaslohn „verdient“ haben. Streikbrecher vom Werk Gitschiner Straße: Monteur Steinbach, die Betriebsarbeiter Wilh. Kilolet, Derm. Storch, Adolf Stege, Wilhelm Zeis, Purgemeister. Streikbrecher vom Werk Mariendorf: Die Betriebsarbeiter Kreutz, Otto Heinrich Nummert, Volbt, Appenrot und Friede. — Wer möchte wohl mit diesen Leuten noch fürderhin etwas zu tun haben?

Mein. Am 28. Juni fand im „Goldenen Flug“ eine gutbesuchte Versammlung der Gasarbeiter statt. Kollege Winter, Heimer teilte mit, daß die Eingabe der Deputierten und Raschmisten betreffs Regelung ihres Arbeitsverhältnisses und Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage mit 50 Proz. Zuschlag vonseiten der Gasdeputation abgelehnt ist. Hierauf hielt Parteisekretär Seel einen interessanten Vortrag, in dem die wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen und politischen Lebens gezeichnet wurden. Reich-

Verfall wurde dem Referenten zuteil. Kollege Winterheimer gab noch das Ergebnis der Sammlung für die ausgesperrten Gasarbeiter bekannt. Sie betrug im Gaswerk 1 19,80 Mk., im Gaswerk II 112,05 Mk.

### • Aus den Stadtparlamenten •

Altona. Der Sommerurlaub der jüdischen Arbeiter ist durch Beschluß des Magistrats wie folgt geregelt: Nach einem Dienstjahre drei Tage, nach drei Dienstjahren fünf Tage und nach fünf Dienstjahren acht Tage. Bisber sollten alle Arbeiter nach einem Jahre sechs Tage Urlaub erhalten. Es wurde infolgedessen aber nicht in allen Betrieben torrest verfahren. So z. B. wurde im Vorjahre den Arbeitern des Stadtbauamts der Sommerurlaub nicht mehr gewährt. Nachdem es sich nunmehr jedoch um einen für die Arbeiter aller jüdischen Betriebe geltenden Beschluß des Magistrats handelt, werden die einzelnen Verwaltungen ihrer Willkür die Fingel hoffentlich nicht mehr schießen lassen.

Hamburg. Das Gemeindefollegium hat der am 1. Juli dieses Jahres ins Leben tretenden Altersversorgungskasse der jüdischen Arbeiter zugestimmt. Die Vorlage bezieht sich die Abgabe einer einprozentigen Leistung bei allen größeren Versicherungen für die Stadt zugunsten der Versorgungskasse.

Colmar. Auf das Gesuch der Stadtarbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit und Anrechnung der Feiertage bei der Lohnzahlung hat die Stadtverwaltung dem Gemeinderat vorgeschlagen, die Arbeitszeit auf 8½ Stunden im Winter und 10½ Stunden im Sommer festzusetzen und für alle gesetzlichen Feiertage, die auf Werktagen fallen, den Lohn unverkürzt ausbezahlen. Diese Regelung soll leberhunden erfordern, wofür die Stadt eine Reberbelastung von 6000 Mk. erfährt.

Großenhain. Nachdem in letzter Zeit den jüdischen Beamten und Arbeitern Zulagen bewilligt worden sind, erhalten die in jüdischen Diensten stehenden Arbeiter in diesem Jahre auch erstmalig einen angemessenen Erholungsurlaub bei Fortgewährung des Lohnes, und zwar nach zweijähriger Dienstzeit zwei Tage, für jedes weitere Dienstjahr ein Tag mehr bis zur Höhe von acht Tagen, so daß den meisten Arbeitern ein Urlaub von 7 bis 8 Tagen zuteil wird.

Kassel. Am 30. Juni verhandelte die Stadtverordneten-Versammlung über die Regelung der Lohnverhältnisse der jüdischen Arbeiter. Referenten hierzu waren die Stadtverordneten Thöne, Gundlach und Kriebe. Stadtv. Thöne sagte u. a.: Man kann zu der Vorlage nicht sagen, daß sie gut ist, trotzdem sie lange Zeit gedauert hat. Zurzeit werden Löhne von 25 bis 44 Pf. für die Stunde gezahlt; aus diesem Grunde hat sich die Kommission gesagt, daß man weniger an eine Lohnerhöhung, als an einen Ausgleich der Löhne denken müsse. Einigenmaßen muster gültige Betriebe bei man sich aber nicht zum Vorbild genommen. Man hätte sich überhaupt nicht nach den Privatbetrieben zu richten brauchen und vor allen Dingen nicht nach denjenigen, die miserable Löhne zahlen. Für uns muß maßgebend sein die Frage: Was ist das mindeste, was die Stadt verpflichtet ist ihren Arbeitern zu zahlen? Und da bin ich der Meinung, die Vor schläge der Kommission und des Magistrats sind durchaus unzulänglich; sie stehen im Widerspruch

### Allgemeine Gesundheitsregeln für Arbeiter.

Gemeinrat Dr. Roth, Potsdam hielt in der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Volks hygiene einen Vortrag, der laut „Zeitschr. f. ärztl. Fortb.“ nachstehende Gesundheitsregeln enthält. Sie sind von einer größeren Zahl Berliner Krankenkassen eingeführt und werden beim Eintritt in die Masse den Mitgliedern ausgehändigt. Wir empfehlen allen Kollegen die praktische Durchführung nach Möglichkeit.

Luft und Licht, Sauberkeit und Mäßigkeit sind die Grundpfeiler der Gesundheitspflege in Haus und Beruf.

Die Luft wird durch die Atmung verunreinigt, und um so schneller und hochgradiger, je gerinnender der Luftstrom ist, der auf den einzelnen entfällt. Deshalb muß für ausreichende Lüfterneuerung gesorgt sein.

Luft und Licht in Deinem Haus.

Treiben die Krankheit zur Tür hinaus.

Die unbedeckten Körperteile sollen täglich mit Wasser und Seife gereinigt, die Zähne mit einer weichen Zahnbürste, möglichst nach jeder Mahlzeit, geputzt werden.

Wenn möglich, sollen wir alle a. n. Tage ein warmes Reinigungsbad nehmen, in der warmen Jahreszeit täglich kaltes Vollbad.

Wie der Körper, sollen auch Wäsche und Kleidung sauber gehalten werden.

Wer Schmutz meidet, eridet Krankheit.

Staub und giftige Stoffe können durch den Mund, die Nase und die Haut in den Körper eindringen. Sie sollen an der Entstehungsstelle abgefangen und abgeleitet werden, damit sie nicht in den Arbeitsraum eindringen.

Wo dies nicht möglich, muß die Lüfterneuerung eine besonders ausgiebige sein. In solchen Fällen werden unter Umständen geeignete Schutzapparate (Aspiratoren, Atmungsapparate usw.) nicht zu entbehren sein.

Beim Atmen durch die Nase werden Staub und etwaige Krankheitserreger, die beim Atmen durch den Mund ungehindert eindringen zurückgehalten; in der kalten Jahreszeit wird die Luft durch die Nase außerdem vorgewärmt. Deshalb sollen wir immer durch die Nase atmen.

Staub und Schmutz werden häufig durch die Finger, durch Speisen und Getränke, Zigarren und Mautabak, die mit dem Staub oder den Schmutzstoffen in Berührung gekommen sind, in den Körper eingeführt.

Deshalb sollen vor jedem Essen und Trinken und vor dem Nachhausegehen die Hände und insbesondere die Finger und Fingernägel mit Wasser und Seife unter Benützung der Nagelbürste gründlich gereinigt werden.

Tiefe Reinigung muß eine besonders gründliche in solchen Betrieben sein, in denen giftige Stoffe (Plei, Bleifarben und sonstige Bleiverbindungen, Quecksilber u. a.) verarbeitet oder dargestellt oder sonstwie benützt werden, oder in denen Verschmutzungen des

mit unserem Beschluß vom Jahre 1908. Mindestlohn wie Höchstlohn sind zu gering. Wie soll ein Arbeiter, der Familie hat, sich mit 3 Mk. Tagelohn ehrlich durchs Leben schlagen? Der Höchstlohn von 3,50 Mk. pro Tag ist ebenfalls als durchaus unzureichend zu bezeichnen. Wenn insgesamt 10470,20 Mk. als Lohnerböschung für die 351 ungelerneten Arbeiter verlangt würden, so höre sich die Summe ganz nett an, allein, wenn er einzelne Kategorien aus der großen Zahl von Arbeitern, deren Löhne aus dieser Summe verbessert werden sollte, herausreißt, so müsse man sagen, daß die Lohnerböschungen für die städtischen Arbeiter eigentlich gar keine Lohnerböschungen sind. Auch müsse verhindert werden, daß in städtischen Betrieben die Gefinnungsschnüffelei sich breit mache, wie es namentlich bei dem Reinigungsweisen der Fall sei. Nachdem der Medner noch das „Smiten König“ einer scharfen Kritik unterzogen hat, beantragt er: Für ungelernete Arbeiter, Anfangslohn 2,50 Mk., Höchstlohn 4,50 Mk.; gelernte Arbeiter, Anfangslohn 4,50 Mk., Höchstlohn 5,50 Mk.; für Anzumer 80 Mk. pro Monat. Außerdem beantragt der Medner, allen städtischen Arbeitern obligatorischen Sommerurlaub zu gewähren, und zwar in den ersten fünf Jahren drei, nach fünf Jahren acht Tage. Nachdem verschiedene Stadtverordnete gesprochen hatten und ein Herr Wild die Vorlage zur Annahme empfahl, mit dem Zusatz: „Daß der Magistrat im nächsten Jahr die Löhne noch einmal prüfen und eventuell aufbessern sollte“, sprach Herr Zimmermann folgendes: „Der Antrag wird kann Schaden stiften. Die Arbeiter glauben sonst, sie hätten unbedingt im nächsten Jahre wieder eine Lohnerböschung zu erwarten. Ueber die Gewerkschaften möchte ich doch einige Worte äußern. Wenn in den städtischen Betrieben veräumt werden sollte, die Frage zu stellen, ob die Arbeiter organisiert sind, dann kann das ein fürchterliches Unheil für die Stadt sein. Ueber kurz oder lang wird dann einmal kein Wasser mehr geben, keine Gasbelichtung und die Straßenbahn wird ihren Betrieb einstellen müssen. Ich hätte mir eins ins Häutchen gelacht, wenn die Franzfurter im Dunkel getappt hätten infolge des Streiks der Gasarbeiter. Wir müssen den Betriebsleitern das Maßmaß stärken! Trotzdem Herr Zimmermann von anderen Mednern und vom Herrn Schwedemann mit dem Satz widerlegt wurde, daß man die Arbeiter anständig bezahlen solle, dann denken sie nicht an Streit; erwidert er nochmal das Wort, um seiner Leidenschaft gegen die Arbeiter Ausdruck zu geben: „Ich will den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht streitig machen. Jeder mag sich fokalisieren, aber wenn er es tut, kann er nicht in städtische Dienste aufgenommen werden! Bedenken Sie doch, wenn die Arbeiter streiken!“ Es wurde beschlossen, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben. — Es genügt wohl, die Aeußerungen Zimmermanns niedriger gebängt zu haben. An unseren Kollegen wird es liegen, dafür zu sorgen, daß der Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums, eine bessere Vorlage zu verlangen, auch zur Wirklichkeit wird.

**Ubersdorf i. Z.** Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen: Der Urlaub für Gemeindeangestellte wird nach zweijähriger Beschäftigung gewährt. Es erhält der Gemeindevorstand drei Wochen, der Betriebsleiter des Elektrizitätswerts 12 Tage, der Gemeindefassierer 10 Tage, Expedienten, Maschinisten, Seizer, Monteure, Schulpente 6 Tage, Hilfsexpedienten, Straßenwärter und Arbeiter, Wasseranführer, Hilfsexpedienten, Nachtwächter 3 Tage und der Schreiberehrliche 1 Tag Urlaub. Warum man den letzteren gar so nichtmützlich behandelt, ist nicht gut einzusehen. Einem Antrage auf Urlaubserböschung von 3 zu 3 Jahren

Körpers und der Kleidung nicht ganz zu vermeiden sind. Hier darf die Reinigung nicht auf die Hände beschränkt, sondern muß auf Gesicht und Kopf ausgedehnt werden. Ganz besonders gründlich müssen hier Mund und Zähne regelmäßig vor jedem Essen und Trinken und vor dem Nachhausegehen gereinigt werden.

„Reiner Mund erhält gesund.“

In diesen Betrieben ist das Rauchen und Tabakkauen in den Arbeitsräumen auf das strengste zu vermeiden. In diesen Betrieben soll auch eine besondere Arbeitskleidung getragen werden, die vor dem Essen und vor dem Nachhausegehen abgelegt wird und nach Bedarf zu reinigen ist.

Beim Essen sollen wir uns Zeit lassen, die Speisen gründlich zu kauen, ehe sie verschluckt werden. Wir sollen vermeiden, aus demselben Gefäß zu trinken, aus dem andere vor uns getrunken haben, ehe es nicht gründlich gereinigt ist, und dasselbe gilt von dem Eßgerät.

Alkohol und alkoholhaltige Getränke, während und vor der Arbeit genossen, begünstigen den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung, machen unachtsam gegen die Gefahren des Betriebes und begünstigen das Eindringen von Krankheitskeimern und von Giftstoffen.

Der Durst wird am besten durch einen Trunk frischen Wassers, durch Fruchtsäfte, frisches Obst oder durch Milch gestillt.

Unsere Kleidung und unsere Haltung muß eine solche sein, daß der Körper, und namentlich die Organe der Brust und des Unterleibes nicht beengt oder gedrückt werden, weil sonst die Atmung er-

um einen Tag, glaube die bürgerliche Mehrheit ihre Zustimmung versagen zu müssen. Es wäre auch wirklich zu viel dabei herausgekommen.

**Schöneberg.** Frau v. Popelius, die eine „Witte mit kaltem Wasser“ gegen das Kinderkriegen empfindet, wird jetzt in grimmiger Doh gegen den Magistrat von Schöneberg entbrennen müssen; denn er hat sich entschlossen, kinderreiche Familien besonders zu unterstützen. Eine Vorlage, welcher die Stadtverordneten ihre Zustimmung gaben, enthält folgende Bestimmungen: Verheiratete ständige Arbeiter erhalten Familienzulage, und zwar Arbeiter mit drei Kindern monatlich 10 Mk., mit vier Kindern 12,50 Mk., mit fünf Kindern 15 Mk., mit sechs Kindern 17,50 Mk., mit sieben und mehr Kindern 20 Mk. Den verheirateten Arbeitern stehen die verwitweten und geschiedenen gleich. Die Zulage wird nur für eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder unter 16 Jahren gezahlt, und zwar nur für diejenigen, denen der Arbeiter Unterhalt zu gewähren hat und tatsächlich gewährt. Im Falle der Erkrankung eines bezugsberechtigten Arbeiters ist die Familienzulage bis zum Ende des Monats, in dem die letzte Arbeitslohnzahlung erfolgt, weiterzuzahlen. Der Magistrat ist berechtigt, die Zulage auch für die Zeit zu gewähren, während der der Arbeiter aus dem Arbeiterunterstützungsfonds Zulage erhält. Ebenfalls zugestimmt wurde der Erhöhung der Löhne für Gärtner. Vom Magistratsvertreter wurde erklärt, daß auch die Arbeiter eine Lohnerböschung erhalten sollen, doch müsse der Magistrat diese Frage erst noch erwägen, da sie nur generell zu regeln sei. Döffentlich dauern diese „Erwägungen“ nicht allzulange, denn wichtiger wie Familienzulagen sind natürlich ausreichende Anfangslöhne.

### Aus unserer Bewegung

**Augsburg.** Am 26. Juni fand im Gasthaus zum Wirtelbacherhof eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Kollege Weigel referierte zum ersten Punkt über die Behandlung unserer Petition um Teuerungszulage im Gemeinde-Kollegium. Er gab den kleinen Erfolg, den uns diese Petition brachte, zum besten, der mit allgemeiner Unzufriedenheit unter den Versammelten entgegengenommen wurde. Sei es auch wenig was diese Entscheidung brachte, so müssen wir doch darauf Bedacht nehmen, daß gerade jene Kollegen, die unter 3 Mk. pro Tag verdienen, eine Zulage von 10 Pf. erhalten. Andererseits müsse man auch die finanzielle Seite im Auge behalten. Es ist nicht zu verfechten, daß bei der jetzigen Zusammensetzung der Vertreter im Rathhaus jede Kleinigkeit bezüglich Arbeiterfragen ins Gemicht gelegt wird, ob es nicht schon zu weitgehend ist. Handelt es sich aber um andere Projekte, wo Hunderttausende in Frage kommen, kommt man viel rascher ihrer Erledigung nahe. Nun dürfe niemand glauben, daß sich die städtischen Arbeiter in ihrer jetzigen Lage zufrieden geben oder zufrieden geben können. Die Teuerung hat so überhand genommen, daß es endlich die Gemeindevertreter Augsburgs selbst einsehen, daß eine Besserstellung der städtischen Arbeiter kommen muß. Deshalb wurde auch die Petition zur weiteren Behandlung dem Magistrat zur Würdigung hinübergeleitet mit dem Ersuchen bei Aufstellung des Haushaltsplanes für 1911 die Sache zu regeln. Demnach dürfte die begründete Hoffnung bestehen, daß

schwert und der Blutlauf behindert wird; deshalb sind enge Gurte, enge Halsfragen u. a. zu vermeiden, deshalb ist auch die gebückte und gezwungene Haltung bei der Arbeit schädlich, weil sie den Blutkreislauf behindert.

Da der Auswurf Krankheitskeime enthalten kann, muß er in geeigneter Weise (in zum Teil mit Wasser gefüllten Spüdnäpfen) aufgefangen werden. Niemals sollen wir dahin ausspucken, wohin andere treten können.

Wir sollen darauf achten, daß wir den Straßenschmutz nicht in unsere Wohnungen bringen.

Nach der Arbeit sollen die Lungen möglichst ausgiebig in reiner, frischer Luft gebadet werden.

Bei jedem ernstlichen Unwohlsein ist alsbald ärztlicher Rat einzuholen.

Was den Menschen erhebt und adelt, Selbstgefühl, Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit der Gefinnung, freies Herausgehen aus sich selbst, wird unter den heutigen Verhältnissen meist zu Fehlern und Gebrechen. Oft ruinieren diese Eigenschaften ihren Träger, kann er sie nicht unterdrücken. Viele fühlen ihre Erniedrigung nicht einmal, weil sie daran gewohnt sind. Der Hund findet es selbstverständlich, daß er einen Herrn hat, er bei schlechter Laune ihm die Peitsche zu kosten gibt.  
(Die Frau und der Sozialismus).

ab 1. Januar 1911 endlich eine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter kommen wird. Dazu ist es aber notwendig, daß die Organisation ein wachstames Auge hält, und bei gegebener Zeit das schöne Versprechen den Herren im Rathaus in Erinnerung bringt. Ein weiterer Punkt beschäftigte sich mit dem Verhalten des Arbeiterausschusses gegenüber unseren Anträgen. Alle Redner, vom ersten bis zum letzten, hatten nichts anderes als scharfe Worte. Einige Kollegen beurteilen die Handlungsweise dieser Vertreter so weit, daß sie Mandatsniederlegung verlangten. Ein allgemeines Mißtrauensvotum wurde dem Arbeiterausschuß zuteil. Die höchste Entrüstung zeigte sich bei den Versammelten, als ein Vertreter des Arbeiterausschusses erklärte, drei Mitglieder des Ausschusses (darunter auch der Schriftführer Kras) hätten geäußert, sie werden überhaupt nicht mehr bei einer Sitzung erscheinen, wenn Anträge des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zur Tagesordnung stehen. Hierauf wurde denn auch einstimmig beschlossen, daß die Gauleitung die nötigen Schritte unternehmen solle, um die Auflösung des Arbeiterausschusses zu bewirken. Selbst die anwesenden Vertreter des Arbeiterausschusses stimmten dem zu. Sie selbst erkannten an, daß eine solche Vertretung der Arbeiter keinen Wert habe, wie sich die jetzige Zusammensetzung in ihrer Wehrheit zeige. Nach einigen sonstigen Anregungen wurde die Versammlung geschlossen.

**Barmen.** Geradezu unhaltbare Zustände sind am Wasser- und Lichtwerk in Unterbarmen zu verzeichnen. Fast kein Lohnstag vergeht, an welchem nicht eine Reihe von Arbeitern darüber klagen, daß ihnen der Lohn nicht voll ausbezahlt wird. Die Lohnzahlungsperiode ist eine vierzehntägige. Die Differenz zwischen dem ausbezahlten und verdienten Lohn beträgt oft fünf, sieben und mehr Mark. Es ist nun sicher, daß den Vorgesetzten einmal auch zweimal ein Irrtum unterlaufen kann. Aber fortgesetzt, wie dies hier der Fall ist, darf dies doch nicht vorkommen. Die meisten Leute haben dann auch nicht immer den Mut, den fehlenden Lohn zu beanspruchen. Ist die Differenz aber so groß, daß die Leute das Fehlende doch verlangen, dann müssen sie auch mit der Entlassung rechnen. Einem Arbeiter wurden zum Beispiel am 24. Juni annähernd sieben Mark zu wenig ausbezahlt. Tags darauf wurde er deshalb vorstellig und — ohne Erfolg. Er wendete sich an dem darauf folgenden Montag an den Meister Kottenbach, stellte ihm vor, daß er am 1. Juli Miete bezahlen müsse, er brauche sein Geld. Darauf wurde dem Arbeiter erwidert, daß er seine Miete gleich bezahlen könne, er bekam sein Geld und wurde Annull und Fall entlassen. Das sich so etwas in einem städtischen Betrieb abspielen kann, ist einfach unverständlich. Wo bleibt da die Kontrolle über die Unterbeamten, oder sind diese unfehlbar? Der Mann ist Vater von sieben Kindern und schon zwei Jahre bei der Stadt beschäftigt. Auf das verlangte Zeugnis wurde geschrieben: „Er wird auf seinen Wunsch entlassen“. Es wurde aber der wahre Grund der Entlassung im Zeugnis verlangt und diesen Grund anzugeben weigerte sich der Meister Kottenbach. Als ihm von dem Arbeiter gesagt wurde, er werde die Sache bis zum Oberbürgermeister verpacken, erwiderte der Meister: „Gehen Sie nur hin. Sie sind frech gegen mich gewesen!“ Allerdings wird auch in diesem Falle dem Meister schließlich werden geglaubt werden als zehn Arbeitern, wie dies ja bei solchen Fällen zumeist geschieht. Erst vor kurzer Zeit haben zwei Arbeiter wegen derselben Angelegenheit ihr Arbeitsverhältnis zur Stadt freiwillig gelöst. Da rede noch jemand von städtischen Müllerbetrieben. Solange die Meister und Unterbeamten noch so schalten und walten können, wie das hier geschehen ist, bleibt noch viel zu tun übrig, bis die städtischen Betriebe vorbildlich werden. Nach diesem wird sich wohl auch Herr Stadtv. Worte nicht mehr wundern, daß die Arbeiter keine Freude mehr an ihrer Arbeit haben, denn diese wird ihnen zum größten Teil von den allmächtigen Vorgesetzten gründlich verleidet. An der Arbeiterschaft aber selbst liegt es, hier Wandel zu schaffen. Diese Mißstände werden am besten beseitigt, wenn sich die städtischen Arbeiter ohne Ausnahme ihrer Organisation anschließen. Derartige Verhältnisse können eben nur da vorkommen, wo die Arbeiterschaft sehr wenig oder gar nicht organisiert ist. Sagte doch der Herr Oberbürgermeister J. selbst: „Der Arbeiter selbst muß mit seinen gewerkschaftlichen Einrichtungen auf sozialem Gebiet der Pionier sein...“ Also, Kollegen, beherzigt diese Worte Eures höchsten Vorgesetzten und sorgt dafür, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird. Erst dann wird auch in unseren städtischen Betrieben ein anderer Geist einziehen.

**Freiburg i. B.** Eine öffentliche Gemeindegewerkschafterversammlung hatte unsere Filiale auf den 29. Juni, vormittags 10 Uhr (Peter- und Paulstag) in den städtischen Kornhausaal einberufen. Ueber den Antrag an den Stadtrat um Erledigung des Arbeiterstatuts oder Gewährung einer Feuerungszulage referierte Gauleiter Bürker. Der Stadtrat hatte nämlich auf die im Dezember 1908 eingereichte Eingabe endlich eine Vorlage gebracht, die Tagesordnung der letzten Bürgerausschusssitzung aber so überladen, daß die Vorlage nicht mehr beraten, sondern zurückgestellt wurde. Seither sind schon wieder 8 Wochen verstrichen, ohne daß sich der Stadtrat auch nur rührt. Die Folge ist eine sehr heftige, tiefereisende Erbitterung unter den sehr schlecht entlohnerten Kollegen. Wie sehr die Not den städtischen

Arbeitern auf den Fingernägeln brennt, war am besten aus dem Versammlungsbesuch zu ersehen. Um 10 Uhr waren schon annähernd 400 städtische Arbeiter anwesend, und noch immer kamen weitere hinzu. Im ganzen mögen wohl 450 Arbeiter an der Versammlung teilgenommen haben. Zieht man in Betracht, daß ein Teil der Schichtarbeiter im Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Feuerzentrale, sowie die Arbeiter der Stadtgärtnerei dienstlich verhindert waren und sich entschuldigen ließen, indem sie ihr Einverständnis mit den etwaigen Wehrheitsbeschlüssen mitteilten, so kann man ruhig sagen, daß nahezu jeder städtische Arbeiter an der Protestaktion beteiligt war. Zwei Stadträte und eine Anzahl Stadtverordnete waren ebenfalls anwesend. Kollege Bürker redete scharf mit der Gemeindegewerkschaft ab, deren Verschleppungstaktik nachgrade zu einem öffentlichen Skandal auszuarten droht. Kein Punkt der städtischen Arbeiterpolitik blieb unbesprochen. Bei der Stellungnahme der einzelnen Parteien wies er darauf hin, daß das Verhalten der Mitglieder der Zentrumsfraktion direkt auffällig wird, indem bis jetzt bereits Angehörige aller andern Gruppen auf dem Rathaus für die Arbeitervorlage ausgesprochen haben, während man sich im Zentrumslager vollständig darüber ausschwärmt, trotzdem hier eine Anzahl städtische Arbeiter „christlich“ organisiert sind, die zweifellos als Zentrumswähler betrachtet werden können und welche ebenfalls schwer unter den ungenügenden Verhältnissen leiden. Augenscheinlich glauben die Herren vom Zentrum, daß es genug ist, wenn man den Arbeitern in Wahlzeiten ein paar freundliche Worte gibt, nachher sollen sie sehen, wie sie ihren Hunger stillen können. Auch den Inorganisierten wurde nahegelegt, nicht immer und ewig teilnahmslos zu bleiben oder nur gelegentlich einmal in einer öffentlichen Versammlung zu erscheinen, sondern sich einmütig dem Verband anzuschließen. — In der Diskussion wies zunächst Stadtv. Merkel darauf hin, daß er und seine liberalen Freunde der Vorlage sympathisch gegenüber stehen, sie auch mit der Vertagung nur insoweit einverstanden gewesen seien als sie geglaubt haben, daß der Bürgerausschuß zu der Sache einberufen werde, sobald er sich ein wenig von der schweren Voranschlagsberatung, die sieben Sitzungen erforderte, erholt habe. Das jetzige Zögern des Stadtrats ist ihm unverständlich; ganz besonders unverständlich deshalb, weil der Bürgerausschuß in der letzten Sitzung dem Stadtrat einmütig den Wunsch übermittelt habe, öfters zu einer Sitzung einberufen zu werden. Herr Merkel ist deshalb froh, wenn durch die neue Gemeindeordnung dem Bürgerausschuß mehr Rechte zugeteilt werden. Stadtv. Kras sagt zu, die Wünsche der städtischen Arbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. Stadtrat Jeurstein stellt sich als einer der bösen Stadträte und Zentrumsmitglieder vor, die beide heute eine so kräftige Lektion erhalten haben. Er nimmt das Zentrum in Schutz und betont, daß er jederzeit für Arbeiterfragen im Stadtrat eingetreten sei. Die Verzögerung sei eine unbeabsichtigte, da für die Lehrer noch einige Maßnahmen der Regierung zu erwarten seien, deren Ergebnis man mitverwerten wolle bei der städtischen Vorlage, damit nicht sobald wieder eine Änderung nötig werde. Er versichert aber, daß die Vorlage in aller nächster Zeit kommen werde und auch gekommen wäre, ohne die heutige Versammlung. Die Arbeiter möchten Vertrauen haben, er und seine Freunde werden für die Vorlage eintreten und auch für die beantragte rückwirkende Kraft der Lohnerhöhung. Stadtv. Wirth (Zentrum) erklärt, daß er früher 22 Jahre lang bereits als Vorkämpfer der Sozialpolitik im Gemeindefolkolium gewirkt habe; jetzt sei ja Sozialpolitik bereits Gemeingut geworden, auch die Sozialdemokratie in genügender Anzahl (4 von 117 Stadtv.) vertreten. Jetzt sei besser arbeiten, er werde ebenfalls für die Vorlage und Rückwirkung eintreten. Stadtv. Genosse Engler wies auf einige Inkonssequenzen der bürgerlichen Parteien hin und führte an, wie sehr sich die Sozialdemokraten bisher um das Zustandekommen der Vorlage bemüht haben. Er erwartet, daß auch die städtischen Arbeiter selbst mehr für ihre Sache tun. In seinem Schlusswort ging dann Gauleiter Bürker kurz auf die einzelnen Darlegungen, insbesondere das Zentrum, ein. Nachdem noch eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher gegen die Verzögerung der Vorlage Stellung genommen und die Erledigung in nächster Zeit gefordert wird, schloß Genosse Markhoff mit einem Appell zum Eintritt in die Organisation die äußerst würdige und eindrucksvolle verlaufene Versammlung. — — — Es haben sich nun Angehörige aller bürgerlichen Parteien für die Vorlage ausgesprochen, so daß mit einer nahezu einstimmigen Annahme derselben gerechnet werden kann; da sind wir denn wirklich gespannt, mit welchen Gründen der Stadtrat die weitere Verschleppung begründen will, und ob er wirklich so wenig nach der Meinung der Bürgerausschusmitglieder fragt.

**Kaiserslautern.** In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Saale des Rathauses berichtete Gauleiter Hedmann u. a. über die Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wegen Verschleppung unserer Eingabe vom vorigen Jahre. Es ist ihm auch eine Beschleunigung unserer Forderungen versprochen worden. Die Versammlung diente hauptsächlich dazu, Stellung zu nehmen zu den Forderungen unseres Verbandes. Nachdem Kollege Hedmann in seinem Referat über unsere Eingabe und den Nutzen unserer Organisation gesprochen, fand folgende Resolution ein-

stimmig Annahme, welche an das Bürgermeisteramt gerichtet werden soll. Die Versammlung der städtischen Arbeiter nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die bereits im September 1900 seitens des Verbandes der Gemeindefabrikanten an den Stadtrat eingereichte Eingabe, auf Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung und Erhöhung der Arbeitslöhne noch immer keine Erledigung seitens des Stadtrates gefunden hat. Die Versammlung verkennt zwar keineswegs die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung der eingereichten Forderungen entgegenstehen, glaubt aber mit Rücksicht auf die, seit der Einreichung verfloßenen langen Zeit, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, bei einigem guten Willen diese Hindernisse zu überwinden und die Eingabe zu erledigen. Die Versammlung richtet daher an den verehrlichen Stadtrat das dringende Ersuchen, die Eingabe des Gemeindefabrikantenverbandes vom 15. September 1900 baldmöglichst zu begutachten und den aufgestellten bescheidenen Forderungen seine Genehmigung zu erteilen."

**Kassel.** In der gut besuchten Versammlung vom 25. Juni wurde Kenntnis genommen von der Magistratsvorlage über unsere Lohnzulage, welche sich als eine Verhöhnung und Verpötlung der städtischen Arbeiter darstellt. Es wurde dann beschlossen, eine Protestversammlung am 30. Juni einzuberufen. Als Unterfaktierer wurde Kollege Hornrumpf gewählt. An Stelle des Kollegen Albrecht, der seit 3 1/2 Jahren den Schriftführerposten mitbesorgt hat, wurde Kollege Waldack als Schriftführer gewählt. — Am 30. Juni fand im „Gewerkschaftshause“ eine gutbesuchte Protestversammlung statt mit dem Zweck, zu der Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung betreffend die Regulierung der Arbeiterlöhne Stellung zu nehmen. Redakteur K l i a n referierte über die unerhörte Verteuerung der Lebenshaltung. Redner schilderte kurz die vollstündlichen Taten des schwarz-blauen Vlodz, dem auch der Kasseler Abgeordnete Lattmann angehörte, und sagte, ein Gutes habe die Politik doch gehabt: weiteste Kreise seien davon überzeugt worden, daß die Löhne der meisten deutschen Arbeiter dringend der Aufbesserung bedürften, wenn anders schwere Schädigungen des Volkstums ferngehalten werden sollten. Durch die Erhöhung der Beamtengehälter, sowie durch die Zulage der Kronstadtation in Preußen sei ausdrücklich anerkannt worden, daß die Forderung des Verlangens auf Erhöhung des Einkommens gerechtfertigt. Auf die Vorlage des Magistrats eingehend, meinte der Referent, das Gebotene entspräche nicht im geringsten dem, was billigerweise verlangt werden könnte, verlangt werden müsse. Nicht zuletzt im Interesse der Stadt selbst, die eine soziale Organisation darstelle. Es sei unerhörte, daß die Stadt ihren Arbeitern Tagelöhne bis zu 3 Mk. abwärts anzubieten wage. Ein Arbeiter, der nur 3 Mk. oder 3,25 Mk. pro Tag verdiene, sei, wenn er nicht fortgesetzt am Hungertrude nagen wolle, gezwungen, in jenen Löhren zu wohnen, die zwar billig, aber gesundheitschädlich sind. Wenn man den Beamten und Lehrern Zuschläge von 10, 15, 20 Proz. auf die bisherigen Bezüge gewährt habe mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, könne man den gleichen Aufschlag den städtischen Arbeitern unter keinen Umständen verweigern. Redner hofft, daß die Stadtverordnetenversammlung mehr soziales Verständnis bekunden möge wie der Magistrat. Anschließend referierte Gauleiter Reichner. Er nannte die Magistratsvorlage eine Verhöhnung der städtischen Arbeiter. Wie eine Stadtverwaltung es wagen könne, in diesen teuren Zeiten Löhne zu kürzen, sei ihm unverständlich. Tatsächlich ist geplant, den Anfangslohn für ungelernete Arbeiter während der Probezeit auf 3 Mk. festzusetzen; das bedeute für diverse Arbeiterkategorien eine Reduzierung der Löhne, weil im Gaswerk, Schlachthof usw. seit Jahren schon der Anfangslohn 3,25 Mk. betragen hat. Die Arbeiter müßten auf ihren Forderungen vom November v. J. beharren; ein Lohn von 2,50 Mk. bis 4,50 Mk. für ungelernete Arbeiter und ein Aufschlag von 10 Proz. für die gelerneten sei das mindeste, was verlangt werden müsse. Der Magistrat weiß, daß er den städtischen Arbeitern solche Schmach antun kann; es ist ihm bekannt, daß die Organisation noch nicht stark genug ist, um stärkere Mittel für die Durchsetzung der Lohnforderungen in Wirklichkeit setzen zu können. Deshalb sollten alle städtischen Arbeiter sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen. Den Referenten folgte eine kurze Besprechung. Von mehreren Arbeitern wurden traurige Mißstände in den städtischen Betrieben zur Sprache gebracht, die erkennen lassen, wie weit die Kasseler städtischen Betriebe noch davon entfernt sind, in jeder Beziehung Musterbetriebe zu sein. Namentlich die Günstlingswirtschaft, besonders im Reinigungs-wesen, erfuhr eine vernichtende Kritik. Stadtverordneter F h ö n e nahm ebenfalls das Wort, um das Versprechen abzugeben, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion alles tun werde, um eine wesentliche Milderung der städtischen Arbeiter zu erreichen. Die Magistratsvorlage sei durchaus unzulänglich. Zum Schluß gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 25. Juni im „Gewerkschaftshause“ tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erklärt, daß die bisherigen Löhne der städtischen Arbeiter durchaus nicht den Lebensverhältnissen am Orte angepasst sind. Die Versammelten erwarten vom Magistrat und Stadtverordnetenkollegium, endlich den von den Arbeitern in der Eingabe vom November 1900 gestellten Forderungen näher

zu treten und die Löhne in der von den Arbeitern gewünschten Höhe festzusetzen. Die Versammelten erklären, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken zu wollen, daß die Wünsche der Arbeiter erfüllt werden.“

**Offenbach a. M.** Bei der Neuwahl des Arbeiterausschusses des städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks, am 25. Juni, wurde die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vorgeschlagene Liste glatt gewählt. Von 132 Wahlberechtigten machten 103 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Wenn man in Betracht zieht, daß zurzeit mehrere Arbeiter krank, beziehungsweise beurlaubt waren, so kommt man zu dem Resultat, daß der Ausschuss von der gesamten Arbeiterschaft nahezu einstimmig gewählt wurde. Gewiß ein erfreuliches Zeichen.

**Regensburg.** Im Gasthaus zur Schillerlinde tagte am 23. Juni eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter. Kollege R i e d e l - B e r l i n sprach über „Arbeiterpolitik in den deutschen Stadtgemeinden“, wobei er den rückschrittlichen Zug der meisten Stadtverwaltungen gebührend brandmarkte. In den Staats- und Gemeindebetrieben herrschen die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Gebührend geißelte Redner die Unzulänglichkeit der Krankenversicherung für die Gemeindefabrikanten, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die Urlaubsverhältnisse, die Familienzulagen usw. Auch müsse den städtischen Arbeitern unter allen Umständen mehr Ständigkeit zubilligt werden. Die Schaffung einer allgemeinen Arbeitsordnung, die auch den städtischen Arbeitern gewisse Rechte einräumt, sei eine der dringendsten Forderungen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Regensburg könne man ohne Uebertreibung als rückschrittlich im wahren Sinne des Wortes bezeichnen. Auch in Regensburg haben sich bei den Gemeindevahlen die bürgerlichen Kandidaten stets als Arbeiterfreunde empfohlen. Die Verhältnisse der städtischen Arbeiter zeigen jedoch, wie es bei den bürgerlichen Rathhausvertretern mit der bei Wahlen versprochenen Wahrung der Arbeiterinteressen in Wirklichkeit bestellt ist. Mit einer ersten Mahnung an die städtischen Arbeiter aus ihrer bisherigen Interessenlosigkeit zu erwachen und gemeinsam im Verband für die unbedingt notwendige Besserstellung der städtischen Arbeiter Regensburgs zu wirken, schloß der Redner seine wirkungsvollen und mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Ueber die „Petition um Teuerungszulage“ sprach Kollege W e i g l - A u g s b u r g. Zunächst streifte er die Ende 1900 vorgenommene Gehaltsregelung der städtischen Beamten und Bediensteten, die noch unter der Aera Geib vor sich ging. Seitdem habe man von Regensburg nichts anderes mehr gehört, als die Veranstaltungen von Festlichkeiten. In all diesen Taumel hat man für die Entscheidung wichtiger kommunaler Fragen noch keine Zeit gefunden. Wie es den Anträgen vom Heimats- und Bürgerrechtsverein ergangen, die eine Ermäßigung der Gebühren wollen (die schon vor Jahresfrist eingereicht und bis heute keine Behandlung erfahren haben), so will man es wohl auch mit dieser Petition der Teuerungszulage machen. Die Verechtigung dieser Forderung könne nur ein durchaus verzopfter Mensch, dem jedes Gefühl für die Arbeiter abgeht, bestreiten. Gerade im Gemeindefolgeium hätte man eine bessere Würdigung der Petition der städtischen Arbeiter erwartet. Der Beschluß dieser Korporation, die Petition dem Magistrat zur „Kenntnisnahme“ hinüber zu geben, zeigt klar, wie oberflächlich sich die Herren mit Arbeiterfragen beschäftigen. Bedauerlich für die städtischen Arbeiter sei der frühe Abgang Geibs, der sich unerbittlich seiner Umgebung der Forderungen der städtischen Arbeiter annahm. Geib war es, der darauf drang, daß den alten städtischen Arbeitern doch wenigstens eine kleine Pension gesichert wurde. Redner erläuterte sodann die Aufbesserung der städtischen Arbeiter im Jahre 1900. Er wies nach, wie wenig dieselbe mit den Mehrausgaben für Lebensmittel in Einklang zu bringen ist. Durch die beispiellose Gleichgültigkeit der städtischen Arbeiter sei es eben gekommen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Regensburg noch auf dem heutigen niedrigen Standpunkte stehen. Erst mit der Gründung einer Organisation trat eine kleine Wendung zum Besseren ein. Unter den schwierigsten Verhältnissen hat hier die Organisation Fuß gefaßt und sich dank dem Eifer einiger Kollegen verbreitet. Aber es muß noch mehr geschehen! Die alte Furcht der städtischen Arbeiter durch Zugehörigkeit zur Organisationin geschädigt zu werden, muß der Erkenntnis weichen, daß nur durch einen Zusammenschluß in der Organisation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die trübselige Lage verbessert werden kann. — Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, brachten in der Diskussion verschiedene Kollegen das schätzbare Verhalten einzelner städtischer Arbeiter und sonstige Klagen vor. Sehr eindrucksvoll sprach noch der als Gast anwesende Gauleiter S e b a l d - M ü n c h e n über die gelben Gewerkschaften, die namentlich auch unter den Gemeindefabrikanten ihre Leute suchen und den Stadtvertretungen ein willkommenes Verblendungswerkzeug für die städtischen Arbeiter bilden. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden fand eine entsprechende Resolution einstimmig Annahme.

**Widau i. S.** Am 25. Juni fand eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung statt. Es wurden die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter besprochen. Die Diskussion war eine sehr leb-

hafte und brachte eine größere Anzahl Ritzstöße zur Kenntnis. Zunächst wurde darüber geklagt, daß es im Schlachthof üblich sei, den Pferdemeist nach Feierabend zu beseitigen. Als sich ein Kollege weigerte, die Arbeit nach Feierabend zu besorgen, wurde er entlassen. Auch beim Straßenmeister, ebenso beim Brandmeister hat es schon immer Anlaß zu Klagen über grobe Behandlung gegeben. Eine längere Debatte beschäftigte sich mit der sogenannten Pensionstasse sowie mit der Urlaubsfrage. Gelegentlich eines hohen Besuches hat auch Zwidau, wie es nun einmal üblich ist, mit ihrer Arbeiterfürsorge „geglänzt“, indem man 50 000 Mk. für eine Pensionstasse gestiftet, und zugleich ein Statut über die Verwendung der Zinsen ausgearbeitet hat. Die „fürsorgliche“ Stadtbehörde hat sich auch damals über Schwelldans loben lassen, leider haben nur die Arbeiter das Wenigste davon bemerkt. In Frage kommen nur verpflichtete Arbeiter, welche das Prädikat „ständige städtische Arbeiter“ erhalten. Diese haben Aussicht auf Pension wenn sie invalid sind, und außerdem wird ihnen unter besonders verlaufener Bestimmungen Sommerurlaub gewährt. Diejenigen Arbeiter, die nach vollendetem 40. Lebensjahre bei der Stadt eintreten, sind jedoch von allen Genüssen dieser Einrichtung ausgeschlossen. Die Gründe dafür sind uns allerdings nicht bekannt. Von der Pension haben bisher nur 4 Mann Genuß. Auch die Verpflichtungen sind jetzt wesentlich erschwert, während dieselben sonst alljährlich erfolgten, ist die Frist jetzt auf 5 Jahre festgesetzt. Unter allgemeiner Zustimmung wurde erklärt, daß die Verpflichtung an sich nicht so von Bedeutung sei, zunächst könne kein Mensch an die Pensionierung denken und andererseits werden die Verpflichteten ebensofort räumgeschmissen und behandelt wie die Unverpflichteten. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß derartige Zustände gerade kein günstiges Licht auf eine Stadtverwaltung werfen. Hoffentlich werden auch die Verhältnisse der städtischen Arbeiter in Zwidau bald einer Reform unterzogen, damit die Zustände erträglicher werden.

◆ Gerichts-Zeitung ◆

Der auf dem städtischen Wasserwerk in Magdeburg beschäftigte Arbeiter G. klagt gegen den Magistrat der Stadt Magdeburg beim Gewerbegericht auf Innehaltung der Kündigung, wie solche der § 17 Abs. 1 der Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter vorseht. In dem Termin am 27. Juni wurde der Kläger mit seiner Klage abgewiesen, da er unterschrieben hatte, daß er jederzeit entlassen werden kann. Wie notwendig es ist, daß man sich vorher überzeugt, was man unterschrieben hat, zeigt wieder dieser Fall. Bisher waren alle städtischen Arbeiter der Meinung, daß auf sie die fraglichen Bestimmungen der Arbeitsordnung Anwendung finden. Der Magistrat hat auch bisher keinerlei Schritte unternommen, um die Arbeiter über diesen Irrtum aufzuklären. Wäre es nicht besser, daß man beim Dienstantritt den Arbeitern ein Duplikat der unterschriebenen Bedingung aushändigt, statt einer wertlosen und für die Arbeiter nicht geltenden Arbeitsordnung? Aufgabe des Magistrats wäre es, entweder die Arbeitsordnung einer zeitgemäßen Aenderung zu unterziehen oder ganz außer Kraft zu setzen. Hoffentlich kommt der Magistrat dieser selbstverständlichen Forderung nach. An Anregungen seitens der städtischen Arbeiter hat es dazu nicht gefehlt. Der Erlaß einer neuen Arbeitsordnung wurde seitens des Magistrats als unmotiviert abgelehnt. Und der heutige Fall zeigt, wie dringend notwendig es ist, daß vollständige Klarheit über Dienst- und Austritt in den städtischen Betrieben herrscht.

◆ Rundschau ◆

Die vieler Woche und ihre Folgen. Unsere „armen“ Minister fallen wie die Fliegen. Man bedente, daß seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. zirkel hundert Minister „berkonsumiert“ worden sind. Wobei wir als Steuerzahler wohl das Recht haben, die Frage aufzuwerfen: Warum wählt „man“ so anerkannt und tüchtige Männer, die sich so schnell abnützen? Die Ministerpensionen sind wahrlich kein Pappentitel mehr. Ob nun v. Bethmann, den man schon als Weinamen „Sollweg“ nannte, seine Position festhalten wollte oder ob die höchste Stelle das „Rebirement“ veranlasste, soll uns dabei ganz schnuppe sein. Freilich, Tränen weinen wir keinem der scheidenden Dalldubendminister nach, ob sie nun Niederding, v. Koltze, v. Arnim, v. Rheinbaben, v. Schoen oder auch Dernburg heißen. Der letztere hat sich zwar nach seinem freiwilligen Ausscheiden als „liberales“ Epitaph angegeben, aber dieser hinterher entdeckte eigene „Liberalismus“ sah doch recht zweifelhaft aus. Ähnlich „nationalliberal“ soll ja auch der neugeborene Finanzminister Dr. Lenke sein, über den weiter hinten noch einiges gesagt ist. Es bleibt ein unglückseliges und beschämendes Bild, insbesondere für das Bürgertum! — daß die parlamentarische Regierung

form Englands und Frankreichs bei uns in Deutschland noch keine Stätte hat und wir statt dessen an einem Scheinsozialismus kranken, der uns aus den Ministerintrigen und Wirren nicht herausbringt. Wir Sozialdemokraten sagen uns freilich, der ganze Ministerumsturz läßt uns kalt, ja wir gewinnen nur neues Agitationsmaterial daraus, gegen das jetzige Regierungssystem Front zu machen. Die rote Saat, die wir jetzt ausstreuen, wird sicher rote Früchte bringen. Und zwar nicht zu knapp!

Dr. Lenke, Kollege pk. schreibt uns: Raucher wird auf uns Magdeburger mit einem gewissen Reid blicken, daß wir das zweifelhafte Glück hätten, den neuen und starken Herrn für das preussische Finanzministerium zu stellen. August Lenke soll die auf den Hund gekommenen preussischen Finanzen wieder auf die Beine bringen oder „sanieren“. Einem, der diesen Versuch im Kleinen gemacht hatte, Derenburg, scheint die Kolonial-Sanierungsgeschichte nicht recht bekommen zu sein. Ob es nun Lenke gelingen wird, Preußen aus seinen Finanzdalles herauszubringen? Meineswegs sollen Lenkes Verdienste auf dem Gebiete des Bau-, Schul- und Verkehrswezens, der Eingemeindung der Elbdörfer, oder der Verjorgung Magdeburgs mit einwandfreiem Trinkwasser usw. in den Schatten gestellt werden. Ein Finanzgenie hat aber noch keiner in ihm entdeckt. Was uns besonders als städtische Arbeiter veranlaßt, bei seinem Scheiden ihm einige Worte zu widmen, war der Umstand, daß er sich eine gewisse Sympathie erworben hat. Kaumen im Rathhause Fragen der städtischen Arbeiter zur Beratung, so versicherte er mehr wie einmal, daß er stets ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Diesen Worten folgte als Tat eine Bewegung der rechten Hand nach der linken oberen Hälfte des Brustkorbes. Von dem warmen Herzen des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Lenke haben besonders im Vorjahre die Arbeiter nach Abschluß der Gehaltserhöhung der Beamten und Magistratsmitglieder, sehr wenig gemerkt. Erst auf erneutes Vorgehen fielen einige Brosamen von dem überfüllten Tische der Beamten. Doch sonst muß man ihm nachsagen, war er nicht unempfindlich, den Meinungen der Arbeiter Gehör zu schenken, als diese wiederholt Veranlassung nehmen mußten, auf ablehnende Bescheide des Magistrats persönlich vorstellig zu werden. Daß er den Organisationsvertreter nicht gern sehen wollte, ist vielleicht noch zu begreifen. Bei diesen Gelegenheiten zeigte er sich ziemlich offenberzig, als er den Fragen der Arbeiter Rede und Antwort stand. Möge er sich in seiner neuen Stellung noch recht oft dieser Ansprache mit den Männern der Arbeit erinnern, wenn er jetzt auf die Steuerjude geht. Würden ihm damals in knappen und markanten Worten aus Arbeitermunde selbst, die Leiden der Arbeiterfamilie geschildert, so dürfte ihm jetzt als Finanzminister dies verwehrt sein. Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch eines Mannes gedenken, der, wie es den Anschein haben muß, in puncto Arbeiterpolitik einen gewissen Einfluß auf Dr. Lenke ausgeübt haben muß. Wir meinen den Delegierten für städtische Arbeiterangelegenheiten, Herrn Stadtrat Sahm. Dieser Herr hat sich bisher auch noch nicht die geringste Sympathie bei den Arbeitern erworben. War Dr. Lenke bereit, irgendwelche Zugabe zu machen, so bezeichnete Stadtrat Sahm die so selbstverständlichen Anträge und so weiter als undistutabel! Alles in allem weisen die Handlungen Dr. Lenkes den bekannnten konservativen Zug auf, wie wir sie schon in Nr. 26 der „Gewerkschaft“ ins Licht gerückt haben. Man wird es daher begreifen, daß uns der Abgang Lenkes ganz läßt und wie als städtische Arbeiter gar keine Veranlassung haben, in das Freundengeheul gewisser Kreise miteinzustimmen. Wissen wir doch, daß mit einer Person noch lange nicht das Schicksal geändert ist. Und von einer Aenderung wird in Magdeburg noch lange nicht die Rede sein.

Das Arbeitskammergesetz ist nun endlich in der Kommission erledigt und man kann annehmen, daß es vom Reichstag im kommenden Winter verabschiedet wird. Die Kommission hat die Grundlagen und Aufgaben der Arbeitskammern im Prinzip fest gelassen, wie sie der Regierungsentwurf festgelegt hatte. Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbebezuges oder mehrerer verwandten Gewerbebezuge sollen auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern errichtet werden, die berufen sind, den gewerblichen Frieden zu wahren und die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahrzunehmen. Zu den Aufgaben der Arbeitskammern sollen gehören: ein gezieltes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern, die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Unternehmer durch Gutachten zu unterstützen, Wünsche zu betonen, Erhebungen vorzunehmen, beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken und die Einrichtung von Arbeitsnachweisen zu fördern. Nach den Beschlüssen der Kommission sollen auch die Heimarbeit und die Arbeiter der Staatswerkstätten diesem Gesetz unterstellt werden. Die Regierung erklärt aber hierzu, daß durch die Einbeziehung der Staatswerkstättenarbeiter für sie das Gesetz unannehmbar sei und an dieser Bestimmung festhalten lassen werde.

An sonstigen Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage hat die Kommission das wahlfähige Alter von 25 auf 21 und das wählbare von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt. Auch können Vorsitzende oder Beamte beruflicher Organisationen, zu Arbeitskammervertretern gewählt werden. Für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker sollen besondere Abteilungen der Arbeitskammern angegliedert werden. Die Einbeziehung der Handlungsgehilfen unter dieses Gesetz hat die Kommission abgelehnt. Bedauert die Regierung auf ihrem Widerstand gegen die Verbesserungen, dann fällt entweder das Gesetz oder aber, wenn die Fassung in der Regierungsvorlage zur Annahme gelangen sollte, das Gesetz bleibt auf dem Papier liegen und die Arbeitskammern werden leblose Körperschaften. Das aber und nichts anderes scheint die Regierung gerade zu wollen! An einem Gesetz aber, das nur ein Messer ohne Klinge darstellt, haben die Arbeiter auch nicht das geringste Interesse, zumal sie der Meinung sind, daß gute Gewerkschaftsorganisationen zugleich die besten Arbeitskammern sind, deren sie bedürfen.

Einer Zusammenstellung der Krankenkassenberichte vom Jahre 1909 ist angesichts der geplanten Reichsversicherungsordnung zu entnehmen: Der Zusammenhang der Geschäftsergebnisse der Krankenkassen mit der Lage des Arbeitsmarktes ist bekannt. Klagen hinsichtlich des Jahres 1908 sämtliche Kassen über Mitgliederabnahme, erhöhte Zahl der Kranken und notwendige Zuschüsse aus dem Reservefonds, so stellt sich das Jahr 1909 wesentlich günstiger. Die Krisis machte sich zwar noch im 1. Vierteljahr bemerkbar, im 2. aber trat allenthalben eine Besserung ein. Im Jahresdurchschnitt erhöhten gegenüber dem Jahre 1908 ihre Mitgliederzahl die Ortskrankenkassen München um 13 000 auf 121 000, Leipzig um 7000 auf 171 000, Königsberg um 1000 auf 22 400, Dresden um 6000 auf 112 026, Barmen um 3000 auf 38 583, Straßburg um 2000 auf 30 091, für Kaufleute Berlin um 6332 auf 118 542, Buchdrucker Berlin um 1000 auf 23 911, Jena um 400 auf 7056, Plauen um 2000 auf 47 137, Erfurt um 800 auf 14 874 usw. Ebenso übereinstimmend sind mit wenigen Ausnahmen die Mitteilungen über die Gesundheitsverhältnisse der Mitglieder. Im Hinblick auf diese spricht die Ortskrankenkasse Plauen von „günstigen“ Verhältnissen, Oera von „regelmäßigen“, Barmen ist „ziemlich zufriedengestellt“, Dresden redet von einer Verminderung der Erwerbsunfähigkeitsfälle um 1700, Zittau vom Rückgang der Krankenfälle, Leipzig desgleichen. Neuester verschieden haben sich die Finanzverhältnisse der Kassen gestaltet. Trotz der erhöhten Mitgliederzahl und der verminderten Krankheitsfälle klagen die meisten Kassen über ungünstige Abschlüsse. Es sprechen die Ortskrankenkassen Leipzig von „keinem befriedigendem Erfolg“, Erfurt von „ungünstigen Wirkungen“, Königsberg von „starker Belastungsprobe“, Barmen von „bedeutlicher Steigerung der Massenleistungen“, Straßburg vom „Hochdruck einer ungewöhnlich umfangreichen Inanspruchnahme der Kasse“, Jena von „Enttäuschungen“, Verburg von „schlechten Verhältnissen“, Halberstadt von „keinem guten Geschäftsjahr“ usw. Es liegt „im Auge der Zeit“, daß die Inanspruchnahme der Krankenkassenleistungen immer mehr steigt. Alle hauptsächlichsten Ausgabepositionen wie ärztliche Behandlung, Heilmittel, Verpflegungskosten an Krankenhäuser, Verwaltungslosten usw. erfahren fortgesetzt eine Erhöhung. Speziell die ärztliche Behandlung stieg pro Mitglied im Jahre 1909 gegenüber 1908 in Königsberg von 6,21 auf 6,43 Mk., München von 6,31 auf 6,50 Mk., Kaufleute Berlin von 3,72 auf 4,23 Mk. usw. Noch erheblicher stiegen die Ausgaben für Heilmittel, denn auch die Sätze der staatlichen Arzneitage sind in den letzten Jahren ständig in die Höhe gegangen. Eine Anzahl Kassen mußten ihre Beiträge erhöhen. — Alles in allem zeigen die Berichte, daß die Kassen unter dem Selbstverwaltungsrechte der Arbeiter in guter Entwicklung begriffen sind. Sie sind sprechende Zeugnisse für die Leistungsfähigkeit und Intelligenz der Arbeitervertreter.

**Wädereigewerbe und Konsumvereine.** Fast noch mehr als die Warenhäuser sind heute die sich einer so schönen Entwicklung erfreuenden Konsumvereine Gegenstand des Hasses und Angriffes der enträglichen Mittelstandsfreunde geworden. Eine besondere Anfeindung erfahren dabei die von diesen Vereinen errichteten Eigenwädereien, von denen behauptet wird, daß sie ein so wichtiges und ehrwürdiges Gewerbe wie das Wädereigewerbe mit dem Untergang bedrohen. Da sind denn die Untersuchungen sehr interessant, die Conrad Goldschmidt unter dem Titel „Wädereigewerbe und Konsumvereine“ als 100. Stück der von Lujo Brentano und Walter Loh herausgegebenen „Volkswirtschaftlichen Studien“ veröffentlicht. Conrad Goldschmidt hat sich vom Verband der Wädereigewerbe und Konditoren, vom Zentralverband der Konsumvereine und von einer Anzahl Wädereigewerbetreibender ein reiches Material verschafft, auf Grund dessen er die Leistungsfähigkeit und die Zukunftsaussichten des privaten und genossenschaftlichen Groß- und Kleinbetriebs im Wädereigewerbe untersucht. Er kommt dabei, um dies gleich vorweg zu nehmen, zu dem Ergebnis, daß speziell in der Brotfabrikation der kapitalistische und noch mehr der genossenschaftliche Großbetrieb dem handwerksmäßigen Kleinbetrieb unbedingt überlegen ist und daß diese Überlegenheit auch nicht durch Umsatzsteuern und ähnliche Maßnahmen ausgeglichen werden kann. Die Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft ist in den möglichst viel Arbeit

sparenden Fällen anzuwendenden Genossenschaftswädereien eine viel intensivere als im kleinen Privatbetrieb. In den Genossenschaftswädereien des Zentralverbandes erhöhte sich der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Produktionsbeitrag von 17 327 Mk. im Jahre 1901 auf 24 398 Mk. im Jahre 1907 und erreicht in einzelnen ganz großen Betrieben, so denen des Leipzig-Blagowier und des Breslauer Vereins die Höhe von 30 000 und 45 000 Mk. Dagegen erzielten nach einer von der Münchener Ortsgruppe des Wädereigewerbes veranstalteten Enquete von 50 Wädereien dieser Stadt die mit einem Gehilfen arbeitenden einen Durchschnittsertrag pro Gehilfe von 10. bis 18 000 Mk., bei zwei Gehilfen einen solchen von 7300 bis 13 000 Mk., bei 4 Gehilfen 8000 bis 11 000 Mk., bei 6 bis 10 Gehilfen 9800 bis 12 500 Mk. Dabei ist die in dem Kleinbetriebe oft recht beträchtliche Mitarbeit des Wädereigewerbetreibers außer Berechnung gelassen, wodurch sich das Bild noch wesentlich verschiebt. Auch die allgemeine Rentabilität der Genossenschaftswädereien ist nicht geringer, sondern größer als die der Privatwädereien, die sich überdies durch eine ungesunde Konkurrenz selbst Licht und Luft fortnehmen. Daß in den genossenschaftlichen Wädereien wie auch in den größeren Privatwädereien in ganz anderem Maße die Forderungen der Reinlichkeit und Hygiene erfüllt werden als in den Kleinbetrieben ist bekannt. Und alle diese Vorteile für die Konsumenten werden nicht erzielt auf Kosten der beschäftigten Arbeiter! Im Gegenteil: Die Genossenschaftswädereien weisen mit Stolz auf ihre tariflich festgelegten Arbeitsbedingungen hin, die den Arbeitern im Gegensatz zu der in Privatbetrieben üblichen 12. bis 14stündigen, ja unter Umständen bis 17stündigen Arbeitszeit einen Arbeitstag von 8, im höchsten Falle 9 Stunden vorschreiben. Die ferner mit der Unfitte des Kost- und Logiswessens ausgeräumt haben, wie sie auch die Lehrlingszuchterei beseitigt haben. Und die dem gelerntem Wädereigewerbetreibenden einen Mindestlohn garantieren (zu dem an größeren Orten Ortszuschläge bis zu 30 Proz. treten), wie er in den Privatbetrieben kaum als Gehilfloh anzutreffen ist. Ruß deshalb eine allmähliche Ablösung des privaten Kleinbetriebs im Wädereigewerbe durch den genossenschaftlichen Großbetrieb ebenso wünschenswert wie zweifellos erscheinen, so glaubt doch der Verfasser der genannten Schrift auch dem gesunden Handwerkermittelestand hier noch eine Zukunft in Aussicht stellen zu können, aber nicht in der Brotfabrikation, die zur Massenherzeugung drängt, sondern in der Herstellung seiner Konditoreiwaren.

**Produktivitätssteigerung und Sozialpolitik.** Auf Grund einer interessanten Untersuchung über die Steigerung der Produktivität der industriellen Arbeit kommt Professor Dr. Karl Ballod zu der Forderung: Mehr Sozialpolitik! Die mechanische Pferdestärke wird der von drei lebendigen Pferden gleichgesetzt, die Muskelkraft eines Pferdes aber der von sieben bis acht Menschen, eine Maschinenpferdestärke somit der Muskelkraft von 21 bis 24 Menschen. Nach Ballods Berechnungen dürften für die heutige Zeit (1910) für die gesamte deutsche Industrie etwa 10 Millionen Pferdestärken Leistungsfähigkeit anzusetzen sein, für die 35 bis 40 Proz. Ruhestelle gerechnet werden, also 3,5 Millionen Pferdestärken, gleich etwa 80 Millionen Menschenstärken. Trotz der gewaltigen Steigerung der Produktivität um das 16- bis 48fache in der Textilindustrie, um das 11fache in der Eisenindustrie, — um 75 Proz. in der Landwirtschaft usw., berechnet Ballod nur eine Zunahme des Massenlohns, des Verbrauchs der Massen, um höchstens 20 bis 30 Proz. Und er zeigt, daß der größere Fortschritt der industriellen Entwicklung noch gar nicht gemacht ist, sondern erst vor uns liegt. In Amerika ist heute schon die Arbeitsleistung eines Arbeiters um ein Viertel bis ein Drittel höher als in England, und in England ist sie größer als in Deutschland. Die Jahresleistung des amerikanischen Kohlenarbeiters beträgt heute das Dreifache von der des deutschen, weil im Bergbau Amerikas die Schrämmaschinen viel häufiger angewendet werden. Ballod weist aber auch darauf hin, wie durch die Ausnutzung der Wasserkraft, durch die Großgasmotoren usw., die Produktivität ganz gewaltig gesteigert worden ist. Die Erzeugung von mehr Konsummitteln macht aber notwendig, daß sich der Konsum der Massen erhöht. Die bessere Lebensweise der Arbeiter erhöht auch deren Leistungsfähigkeit, was Amerika beweise. Die Produktivität wird auch dadurch gesteigert. „Von ethischen sowohl, als vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, ist die durch bessere Lebenshaltung ermöglichte höhere Produktivität und Intensität der Arbeit etwas Wünschenswertes; sie ist die wesentliche Bedingung für die Steigerung der menschlichen Kultur und Zivilisation.“ Deshalb verlangt Ballod „ein Mehr an Sozialpolitik“, das heißt höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit. Ende der Arbeiterschaft selbst muß es sein, nicht nur die Kulturwerte zu schaffen, sondern sich auch in den Besitz derselben zu setzen. Durch rücksichtslosen Kampf auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete gegen den Kapitalismus müssen wir dahin gelangen. Vorerst gilt es aber noch die Reihen der kämpfenden Arbeiter durch eifrige Agitation und Organisation zu stärken.

Das sozialdemokratische Kommunalprogramm für Bayern wird im Entwurf in der Tagespresse veröffentlicht und enthält u. a. folgenden Absatz 13, der sich auf unsere Forderungen bezieht: Ausreichende Vergütung der von der Gemeinde

**Beschäftigten Arbeiter.** Festsetzung von Mindestlöhnen nach den Sätzen der gewerkschaftlichen Organisationen; Bildung von Lohnklassen und Lohnstufen mit Lohnvorrückungen; Achtstundentag. Versicherung der Gemeindegewerkschaften gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter (Ruhegehalt) unter Gewährung flagbarer Rechte. Hinterbliebenenversorgung. Volles Koalitionsrecht der gemeinlichen Arbeiter, Bediensteten und Beamten; Einsetzung von Arbeiter- und Beamten-Ausschüssen mit hinreichenden Vertretungen und Erlaß von Arbeitsordnungen zur Wahrung berechtigter Interessen der Beschäftigten. Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation. — Da tun die bürgerlichen Gemeindegewerkschaften bewundern, wenn sich so viele städtische Arbeiter zur Sozialdemokratie bekennen. Wer anders nimmt denn ihre Interessen in so umfassender und tatsächlicher Weise wahr?

Die Generalversammlung der Grozeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in München tagte, beschäftigte sich nur mit rein geschäftlichen Angelegenheiten. Bei dem außerordentlich günstigen Abschluß der Gesellschaft für das verfloßene Geschäftsjahr war vorzuzusetzen, daß die Tätigkeit des Vorstandes keinen Anlaß zu eingehender Kritik bieten werde. Die Jahresrechnung wurde denn auch nach kurzer Debatte genehmigt und Aufsichtsrat und Geschäftsführer entlassen. Der Reingewinn wurde zum überwiegenden Teile dazu bestimmt, das Eigenkapital der Gesellschaft zu härten. Einige Gesellschaftler hatten beantragt, die den laufenden Vereinen zu stützende Rückverteilung, die jetzt 1 Promille bei Vereinen, die Mitglied sind, und 1/2 Promille bei Vereinen, die nicht Mitglied sind, beträgt, auf 1/2 Prozent für Mitglieder zu erhöhen. Die Generalversammlung lehnte aber mit überwältigender Mehrheit diesen Antrag ab und erklärte sich damit für Festhalten an der bisherigen Praxis, aus den Heberschüssen vor allen Dingen das finanzielle Rückgehalt der Grozeinkaufsgesellschaft zu härten. Einige Statutenänderungen, die vorgeschlagen wurden, bezweckten eine Erhöhung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder, Wegfall des Amittuts der Erbschaftsperkenen und anderweitige Festsetzung des Tages der Generalversammlung. Außerdem wurde beschlossen, in Nürnberg ein neues Lager zu errichten. Die nächste Generalversammlung der Grozeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine findet in Leipzig statt.

### • Briefkasten •

A. Kassel. Aber, aber! Geschriebene Berichte kann man doch nicht als Trudfjade verzeichnen! B. Gr.!

### • Eingegangene Schriften und Bücher •

Monatschrift für den elementaren naturwissenschaftlichen Unterricht. In Verbindung mit Prof. Dr. Meißner-Gerloff-Weilburg herausgegeben vom Hamburger Lehrerverein für Naturkunde. Redaktion: J. A. Herding, Hamburg. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. Jährlicher Bezugspreis nur 3 M.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 10 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Vofel u. Co. m. v. N., München. Nachdem jetzt über die Hälfte der Lieferungen vorliegt, läßt sich ein abschließendes Urteil über das Wert fällen. Es hält, was die ersten Hefen versprochen: ein unentbehrliches Hilfsbuch für jeden gewerkschaftlich oder politisch tätigen Genossen zu sein. In Heft 11 und 12 werden behandelt: Militarismus — Mitgliederzahl der Partei — Konarchie — Name der Partei — Neue Welt, Zeitschrift — Neue Zeit, Zeitschrift — Offizielle Reichstagswahlkreise — Organisation der Partei. Wir können unseren Lesern die Anschaffung des überaus praktischen Wertes nur empfehlen.

**Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das unter diesem Titel herausgegebene sechste Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben in neuer, der 6. Auflage erschienen. Der Verfasser hat unter Berücksichtigung des Leipziger Parteitagbeschlusses ein neues Vorwort vorangeschickt, in dem er hervorhebt, daß der aus politischen Motiven geborene Beschluß diesen Zweck weit hinter sich lassend die Arbeiterklasse nicht in ihrem Kampfe gegen das präzisische Junktum. „Denn“, sagt der Verfasser, „mit jedem Tropfen Schnaps, den die deutsche Arbeiterklasse weniger trinkt, fällt auch etwas von der Last der Trunksucht ab, die dem Volk die Arbeiterklasse das proletarische Elend verdeckt. Und jede Minute, die die Arbeiterklasse so für die müde, verstaubte, lächerliche Betrachtung ihrer Lage gewinnt, bedeutet neue Kraft zur Abwehrung des Feindes, unter dem sie leidet. Jede solche Minute kalten, klaren Erkennens erzeugt neue Gedanken, neue Einsicht,

neue Gefühle der Empörung, die zusammengehämmert durch den Druck der Verhältnisse jenen proletarischen Gesamtwillen erzeugen, der, alle Hindernisse überwindend, zum Siege führen muß.“ Aus dem Inhalt des empfehlenswerten Schriftchens heben wir die folgenden Kapitel hervor: Was versteht man unter Alkoholfrage? — Häufigkeit der Alkoholkrankungen. — Alkohol und Verbrechen. — Lebensdauer der Abstinenten und der Wässigen. — Die Ursachen des Alkoholismus. — Die Trinksitte, der Trinkwahn. — Das Proletariat und der Alkohol. — Warum wir Abstinente sind. Das empfehlenswerte Heft ist zum Preise von 20 Pf. durch jede Parteibuchhandlung und Kolporteurs zu beziehen. Eine Ausgabe auf besserem Papier kostet 50 Pf.

Von Liebe und Ehe in China plaudert Febr. v. Meißner in seinem kürzlich erschienenen Buche „Liebe und Ehe in Ostasien und bei den Kulturvölkern Amerikas“ (Stuttgart, Francksche Buchhandlung, 1. M.). So schildert er mit plastischen Worten die niedrige Stellung des Weibes. Daß dabei aber von Liebe — wenigstens in der Ehe — nur selten die Rede sein kann, ist klar. Selbsterständlich kann einmal da oder dort die Ehe zu einem liebeähnlichen Verhältnis der beiden Gatten führen, aber für wahre Liebe selbst in die Chinesin nicht erzoogen. So sagt Tscheng: „Bei uns — wie überall — in das Heiraten Glückseligkeit und um so mehr noch, als die Gatten sich erst nach der Vermählung kennen lernen,“ wobei er allerdings das „wie überall“ weglassen muß. Die Eltern verfahren bei der Brautwahl lediglich nach ihren Standesvorurteilen. So kann, wie Tscheng sagt, z. B. ein Tominnmädchen, und wäre es noch so schön und tugendhaft, nicht einmal den zerklüfteten Muli zum Manne nehmen. Ebenso kommen zwischen Chinesen und Mandchu keine Heiraten vor. Recht bezeichnend drückt ein chinesisches Sprichwort diesen Zustand ewiger Verdrüssung aus: „Ein Weib zu frein, wie fängt man's an? Man geht darum die Eltern an.“ Dies in der Boden, auf dem — ähnlich wie bei den Griechen — sich das Liebesleben zum unfruchtbaren Mädchen, zur Slavin entwikkelt und, wenn dieses Mädchen gebildet ist, zur Hetäre. Beides finden wir denn auch folgerichtig in China, und es erscheint selbsterständlich, daß der Mann keine Nebenfrauen aus diesen Streifen wählt. Diese Streifenmädchen sind gar häufig die Töchter guter Familien, die einmal bei irgendeiner Gelegenheit geraubt wurden. Die chinesische Ehe — wenigstens mit der Hauptgattin — baut sich also nicht auf Liebe auf, und Tscheng definiert sie: „Die Ehe wird in China ausschließlich als Familieninstitution betrachtet, ihr einziger Zweck in die Vergrößerung der Familie.“ Etwas milder, — im Wesen aber dasselbe — ist die ältere Definition: „Die Ehe ist die Vereinigung der Vertreter zweier Familiennamen in Freundschaft und Liebe, um die Nachkommenschaft in der früheren Weise fortzusetzen und um diejenigen zu erzeugen, welche den Opfern für den Himmel vornehmen sollen.“ Da diese Opfer, ähnlich wie wir es bei den Indern haben — nur der Sohn vollziehen kann, so ist die chinesische Ehe weiter nichts als ein Ausfluß des Ahnenkultus, eine Vereinigung von Mann und Weib zwecks Erziehung eines Sohnes. Dennach wird es begreiflich, wenn es bei den Chinesen als die größte der drei unkindlichen Handlungen angesehen wird, keine Nachkommenschaft zu hinterlassen. Genau wie bei den Indern usw. würde für die Chinesen die absolute Reinhaltung des Stammes unerlässliche Bedingung, weshalb Ehebruch sehr streng geahndet, und wenigstens von der Hauptfrau Jungfräulichkeit verlangt wird! — Auch über Japan und besonders aus der noch fast ganz unbekanntem Kultur der altamerikanischen Völker bringt Meißner interessante Aufschlüsse, so daß wohl jeder das Buch mit großem Interesse lesen wird.

### Filiale Chemnitz.

Donntag, den 17. Juli 1910, findet im Garten des Restaurants „Zum Adler“, Leipzigerstraße, unter

•••• Sommerfest ••••

mit starker Beteiligung statt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Komitee.

### Filiale Dresden.

Die diesjährige Schweizpartie findet am Sonntag, den 31. Juli, statt.

Näheres hierüber wird noch besonders bekannt gemacht werden. Das Komitee.

### Filiale Nürnberg.

Für die hiesige Filiale ist am 1. Juli d. J. ein Ortsbureau errichtet worden. Adresse: Domsalzhofe, Nürnberg, Breitegasse 25 27, Mittelbau III, Zimmer 31, Telefon Nr. 3296. Sprechstunden und Meldungen täglich 11-1 Uhr und 5-7 Uhr. Mittwochs 9-1 Uhr und 3-7 Uhr.

Alle Unterstützungsauszahlungen nur Samstags 9-1 Uhr und 3-5 Uhr. Sonntags ist das Bureau geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Verlag: In Verbindung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (V. G. M.) an n. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 57, Unter den Eichen 24. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 17.